

E) Tagesordnung, öffentlich

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich darf nun Sie bitten, die Tagesordnung in die Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder all jene Stücke zusammengetragen, die gleich als beschlossen gelten.

Es ist das Stück 2): einstimmig; das Stück 3): einstimmig; ebenso die Stücke 4) und 5). Beim Stück Nr. 7) gibt es im Punkt 2 die Gegenstimmen von KPÖ, SPÖ und den Neos.

Einstimmig wiederum: die Stücke 8), 9), 10), 11), 12), 13), 15) sowie die Stücke 16) bis 21); auch die Stücke: 22) bis 24).

Bei den Stücken 27) bis 55): das sind jetzt unsere Bebauungspläne, werde ich – so ist es vereinbart – nur den Betreff vorlesen und jeweils über die Stücke abstimmen, damit wir auch rechtlich alles korrekt tun.

Einstimmige Beschlüsse gibt es auch bei den Stücken 56), 57) und 58). Und ebenfalls beschlossen ist das Stück Nr. 60): einstimmig. Das Stück Nr. 61) hat die Gegenstimme der Neos. Stück Nr. 62) und das Stück Nr. 63) sind einstimmig beschlossen.

E.1) Nicht berichtete Stücke

E.1.1) Stück Nr. 2, GZ.: A5-004257/2017

**Aktion „ Fahrten mit dem Behindertentaxi“;
Kündigung des Vertrages mit den Grazer Taxifunkzentralen per 31.12.2017;
Neuer Vertragsabschluss für 2018 nach Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung; Finanzmittelbedarf in der Höhe von insgesamt € 370.500 für 2018 auf der FiPos. 1.42910.620600; Aufwandsgenehmigung.**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie, Seniorinnen gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den **Antrag**, der Gemeinderat wolle

1. die Kündigung des am 24.06.2005 zu GZ.: AS-14207 /04-2, abgeschlossenen Vertrages der Stadt Graz - Sozialamt mit den 3 Taxifunkgruppen 878 Cityfunk GmbH, Grazer Taxigenossenschaft 2801 und 889 Taxi-Speedey-Express, sowie die Kündigung der am 10.02.2006 zur GZ.: 14207/04-3 zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Nebenabrede mit Wirksamkeit 31.12.2017 beschließen;
2. den - nach Durchführung einer EU-weiten Ausschreibung - Abschluss eines neuen Vertrages für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2018 beschließen;
3. die erforderliche Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 370.500 für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2018 erteilen.

Die Bedeckung ist auf der FiPos. 1.42910.620600 gegeben.

E.1.2) Stück Nr. 3, GZ.: A8-42983/2017-5

**Stadtplanungsamt, Smart City Graz Waagner Biro - Öffentlicher Raum
Gestaltungsplanung der Platz- und Straßenbereiche; Budgetvorsorge
aus dem Investitionsfonds über insgesamt € 300.000 davon je € 150.000 in
der AOG 2017 und 2018.**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus daher gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.g.F. den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: In der AOG 2017/2018 werden folgende Budgetvorsorgen/-veränderungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2017	AOG 2018
5.03100.728300	Entgelte für sonstige Leistungen, Smart City (DKL 14000)		
	AOB: A14	150.000	150.000
6.03100.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		
	AOB: A8	150.000	150.000
5.61200.002030	Straßenbauten		
	AOB: BD	-150.000	-150.000
6.61200.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		
	AOB: A8	-150.000	-150.000

Die Bedeckung dieser Mittel erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

E.1.3) Stück Nr. 4, GZ.: A8-20081/2006-184 und A8-21515/2006-224

**Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH;
 Bestellung Wirtschaftsprüfung 2017; Ermächtigung für den Vertreter der
 Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967;
 Umlaufbeschluss.**

Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichts stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, idF LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, in beiden StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss, folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbHG
3. Zustimmung zur Bestellung der MOORE STEPHENS ADVISA Wirtschaftsprüfung GmbH zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2017

E.1.4) Stück Nr. 5, GZ.: A8-27855/2016-8

**Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH,
 Stimmrechtsermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87
 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967,
 Feststellung Jahresabschluss 2016; Generalversammlung**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichts stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, idF LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der Schulische Tagesbetreuung Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird ermächtigt in der Generalversammlung folgenden Anträgen der Geschäftsführung, zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Tagesordnung
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 sowie Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016.

E.1.5) Stück Nr. 7, GZ.: A8-8679/2010-58

ITG Informationstechnik Graz GmbH; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung; Umlaufbeschluss.

Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der ITG Informationstechnik Graz GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege den Anträgen gemäß beiliegendem Umlaufbeschluss zuzustimmen.

E.1.6) Stück Nr. 8, GZ.: A8-151132/2015-6

**Unterirdische Kanalsanierung 2016 - Teil 1, BA 164;
Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im Nominale von € 65.650.**

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, idF LGBl. Nr. 45/2016 beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600254 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 65.650,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.7) Stück Nr. 9, GZ.: A8-151114/2015-6

**Erweiterung Abwasserbeseitigungsanlage Josefhof, BA 166;
Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im Nominale von € 20.800.**

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 45/2016 beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600774 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 20.800,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.8) Stück Nr. 10, GZ.: A8-151149/2015-6

Unterirdische Kanalsanierung 2016 -Teil 2, BA 167;

Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im Nominale von € 61.750.

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600253 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 61.750,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.9) Stück Nr. 11, GZ.: A8-151162/2015-4

Sanierung Hofgasse Lenaugasse und Schubertstraße, BA 219;

Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im Nominale von € 41.600.

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, idF LGBl. Nr. 45/2016 beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600612 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 41.600,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.10) Stück Nr. 12, GZ.: A8-151183/2015-4

**Sanierung Abwasserentsorgungsanlagen 2016 - Waltendorf, BA 220;
Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im No-
minale von € 123.500.**

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr. 130/1967 idF LGBl Nr. 45/2016 beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600597 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 123.500,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.11) Stück Nr. 13, GZ.: A8-30853/2016-4

**Leitungskataster Bestandsanlagen West, BA 301;
Annahme des Förderungsvertrages des Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für eine Förderung im No-
minale von € 300.000.**

Im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 45/2016 beschließen: Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B600391 vom 29.06.2017, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 300.000,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.12) Stück Nr. 15, GZ.: A8-19179/2011-9

**Wasserversorgungsanlage Herz-Jesu-Viertel 11, BA 210;
Annahme des Förderungsvertrages des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für eine Förderung in der Höhe von € 15.400.**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Finanz-, Beteiligungs-, Immobilien-, sowie Wirtschafts-, und Tourismusausschuss den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl Nr. 45/2016, beschließen: Die Stadt Graz nimmt den folgenden Förderungsvertrag

Bauabschnitt	GZ-Land ABT14- 34Ga	Gesamtkosten laut PG	Summe der beantragten Landesförderung	bisher überwiesen	Summe im Fördervertrag
210	107-2017	220.000,00	22.000,00	0,00	15.400,00

des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, vertreten durch die Fachabteilung 14 „Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit“ vorbehaltlos an. Der Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

E.1.13) Stück Nr. 16, GZ.: A8/4-38524/2016, A 8/4-34719/2017, A8/4-2395/2008, A8/4-61686/2016 und A8/4-67878/2016

Übernahme von Teilflächen sowie ganzen Grundstücken in das Öffentliche Gut der Stadt Graz; Sammelantrag.

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen:

A 8/4- 38524/2016	Rudolfstraße	ca. 8 m ²	bescheidmäßige Abtretung
A 8/4 - 34719/2017	Mitterwurzerweg	ca. 71 m ²	bescheidmäßige Abtretung
A 8/4- 2395/2008	Überfuhrungasse	ca. 48 m ²	bescheidmäßige Abtretung
A 8/4 - 61686/2016	Eichbachgasse	ca. 168 m ²	Lückenschluss
		849 m ²	Lückenschluss
A 8/4 - 67878/2016	Krottendorferstraße 91	ca. 114 m ²	Gehsteig und Bushaltestelle

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

E.1.14) Stück Nr. 17, GZ.: A8/4-38524/2016

**Rudolfstraße 34; bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 8 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 235/2, EZ 1261,
KG Waltendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2, Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Übernahme einer ca. 8 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 235/2, EZ 1261, KG Waltendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird aufgrund des Bescheides GZ.: A 17 - 035780/2006/0024 vom 6.7.2009 und des Teilungsplanes, GZ: 037370/2016 genehmigt.

E.1.15) Stück Nr. 18, GZ.: A8/4-34719/2017

**Mitterwurzerweg 7 - bescheidmäßige Grundabtretung, Übernahme einer
ca. 71 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 984/3, EZ 1200, KG Waltendorf,
in das Öffentliche Gut der Stadt Graz.**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2, Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Übernahme einer ca. 71 m² großen Tlfl. des Gdst. Nr. 984/3, EZ 1200, KG Waltendorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird aufgrund des Bescheides, GZ.: A17-BAB-130973/2015/0013 vom 02.03.2016 und des Teilungsplanes, GZ.: 024419/2016 genehmigt.

E.1.16) Stück Nr. 19, GZ.: A8/4-2395/2008

**Überfuhrungasse 60; bescheidmäßige Grundabtretung,
Übernahme einer ca. 48 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 2393/5,
EZ 1840, KG Lend, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2, Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Übernahme einer ca. 48 m² großen Tlfl. des Gdst. Nr. 2393/5, EZ 1840, KG Lend, welche mit Bescheid zur Abtretung vorgeschrieben wurde, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

E.1.17) Stück Nr. 20, GZ.: A8/4-2395/2008

Eichbachgasse – Lückenschluss Übernahme des Gdst. Nr. 284/5, EZ 311, mit einer Fläche von 849 m² und einer ca. 168 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 401, EZ 793, beide KG Murfeld, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Übernahme des Gdst. Nr. 284/5, EZ 311, mit einer Fläche von 849 m² und einer ca. 168 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 401, EZ 793, beide KG Murfeld, welche aufgrund der Entschließung vom 28.6.2017 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurden, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

E.1.18) Stück Nr. 21, GZ.: A8/4-67878/2016

Krottendorferstraße 91 - Errichtung Gehsteig und Bushaltestelle; Übernahme einer ca. 114 m² großen Teilfläche des Gdst. Nr. 460/2, EZ 2114, KG Wetzelsdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz.

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen: Die Übernahme einer ca. 114 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 460/2, EZ 2114, KG Wetzelsdorf, welche aufgrund der Vereinbarung vom 31.5.2017 und der Entschließung vom 17.7.2017 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurde, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

E.1.19) Stück Nr. 22, GZ.: A8/4-27328/2007

Südgürtel/Puntigamer Straße, Liebenauer Hauptstraße; unentgeltliche Übertragung der

- **B 67a von km 10.692 - km 11.830 (10.218 m²)**
- **B 73 von km 2.753 - km 4.812 (25.197 m²)**

vom Öffentlichen Gut des Landes Steiermark in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen:

Die unentgeltliche Übertragung der Teilabschnitte der

- B 67a km 10.692 - km 11.830
Gdst. Nr. 377 /1, EZ 1491, Fläche: 4.688 m², KG Liebenau
Gdst. Nr. 392/37, EZ 1491, Fläche: 199 m², KG Liebenau
Gdst. Nr. 380/2, EZ 1491, Fläche: 1.537 m², KG Liebenau
Gdst. Nr. 380/5, EZ 1491, Fläche: 3.794 m², KG Liebenau

- B 73 km 2. 753 - km 4.812
Gdst. Nr. 382/1, EZ 1491, Fläche: 9.176 m², KG Liebenau
Gdst. Nr. 382/2 EZ 1491 Fläche: 10.866 m² KG Liebenau
Gdst. Nr. 159/1, EZ 636, Fläche: 5.155 m² KG Engelsdorf

aus dem Eigentum des Landes Steiermark im Gesamtausmaß von 35.415 m² in das Eigentum der Stadt Graz und die Übernahme dieser Flächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

E.1.20) Stück Nr. 23, GZ.: A8/4-11145/2007

**Engerthgasse und Seitengassen;
unentgeltliche Abtretung der Gdst. Nr. 408/25, Gdst. Nr. 408/26,
Gdst. Nr. 408/27 und Gdst. Nr. 408/29, EZ 800, KG Andritz und
Übernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen:

1. Die unentgeltliche Abtretung der Gdst. Nr. 408/25, Gdst. Nr. 408/26, Gdst. Nr. 408/27 und Gdst. Nr. 408/29, EZ 800, alle KG Andritz, aus der Verlassenschaft nach Herrn Alois Lang, geb. 2.4.1901, Judendorfer Straße 81, 8010 Graz, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz im unverbürgten Gesamtausmaß von 2.061 m², wird genehmigt.
2. Die Übernahme der in Pkt. 1. aus der Verlassenschaft nach Herrn Alois Lang abgetretenen Grundstücke in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.
4. Der Grundabtretungsvertrag wurde vom Verlassenschaftskurator Dr. Christoph Benda errichtet.
5. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird im Auftrag vom Zivilrechtsreferat auf Kosten der Stadt Graz vom Verlassenschaftskurator Dr. Christoph Benda durchgeführt.

E.1.21) Stück Nr. 24, GZ.: A8/4-11145/2007

Grundäckergasse; unentgeltliche Abtretung des Gdst. Nr. 219/1, EZ 571, KG Straßgang, und Übernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen:

1. Die unentgeltliche Abtretung des Gdst. Nr. 219/1, EZ 571, KG Straßgang, aus dem Eigentum von Herrn Walter Pawlik, geb. 2.9.1950, Kerschhoferweg 3, 8010 Graz, Frau Beatrix Krenn, geb. 12.6.1978, Sternsiedlung 12, 8402 Werndorf und dem Nachlass von Frau Elisabeth Pawlik, geb. 9.6.1976, Papiermühlgasse 30/3, 8020 Graz, verstorben am 17.5.2016, vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Christoph Benda, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz im unverbürgten Gesamtausmaß von 55 m², wird genehmigt.
2. Die Übernahme des in Pkt. 1. abgetretenen Grundstückes in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
3. Sämtliche mit dem gegenständlichen Grunderwerb verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Graz.
4. Der Grundabtretungsvertrag wurde vom Verlassenschaftskurator Dr. Christoph Benda errichtet.
5. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird im Auftrag vom Zivilrechtsreferat auf Kosten der Stadt Graz vom Verlassenschaftskurator Dr. Christoph Benda durchgeführt.

E.1.22) Stück Nr. 56, GZ.: WG-39853/2016/0009

Wohnen Graz Geschäftsbericht 2016

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Verwaltungsausschuss daher gemäß § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes des Eigenbetriebes Wohnen Graz den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: Genehmigung des Geschäftsberichtes 2016 des Eigenbetriebes Wohnen Graz.

E.1.23) Stück Nr. 57, GZ.: WG-39853/2016/0012
Heizungsumstellungen auf Fernwärme in Gemeindewohnungen,
Projektbericht 2010-2016, Projektgenehmigung für 2017/2018

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb "Wohnen Graz" daher gemäß § 5 (2) des Organisationsstatutes für den Eigenbetrieb "Wohnen Graz" (WG) den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Projektfortführung 2017/2018 zur Umstellung von 420 Wohneinheiten mit einem finanziellen Aufwand von in Summe Euro 1.500.000.- wird zugestimmt.
3. Die Finanzierung der Projektfortführung erfolgt durch den Eigenbetrieb Wohnen Graz
im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2017 mit Euro 500.000.-,
aus dem genehmigten Finanzrahmen 2018 mit Euro 800.000.- und
aus dem genehmigten Finanzrahmen 2019 mit Euro 200.000.-.

E.1.24) Stück Nr. 58, GZ.: WG-39853/2016/0010
Neubauprogramm 2017/18 – Eigenneubau Adlergasse/Mitterstraße

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Verwaltungsausschuss WOHNEN GRAZ gemäß § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes für den Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit der Durchführung der Errichtung eines städtischen Wohnhauses auf der Liegenschaft EZ 160, KG 63122 Straßgang, mit insgesamt 20 Wohneinheiten und einer Gesamtnutzfläche von ca. 1,700 m² BGF mit den projektierten Gesamtkosten in der Höhe von rund € 2.050.000 beauftragt.
- 2.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit der erforderlichen Darlehens- und Baugirokontenaufnahme für dieses Projekt beauftragt.

Die Finanzierung dieses Projekts erfolgt aus dem genehmigten Finanzrahmen für die Jahre 2018-2022 für Neuprojekte und wird nach erfolgter Genehmigung mit den jeweiligen Jahrestanchen in die Budgets bzw. Mittelfristplanungen des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“ übernommen.

E.1.25) Stück Nr. 60, GZ.: WG 39853/2016/0013

Sanierungsprogramm 2017-18

- Ghegagasse 27a und 29a
- Schönaugasse 77, 79, 81, 83
- Fröhlichgasse 7 und 9
- Monsbergergasse 2-4

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Verwaltungsausschuss WOHNEN GRAZ gemäß § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes für den Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit der Durchführung der umfassenden energetischen Sanierungen und Liftanbauten sowie Erhaltungsmaßnahmen der städtischen Wohnhäuser Ghegagasse 27a und 29a; Schönaugasse 77, 79, 81, 83; Fröhlichgasse 7, 9; Monsbergergasse 2-4 mit Gesamtkosten in der Höhe von € 5.800.000,00 beauftragt.
- 2.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit den erforderlichen Darlehens- und Baugirokontenaufnahmen für die jeweiligen wirtschaftlichen Einheiten beauftragt.

Die Finanzierung dieser Projekte erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“.

E.1.26) Stück Nr. 61, GZ.: Präs. 11211/2003/115

Novellierung der §§ 46 Abs. 1, 16 Abs. 7, 31 Abs. 4, 74b Abs. 3 Z 3, 66 Abs. 1, 31 c Abs. 4, 52 Abs. 6, 92 Abs. 1, 93, 31 j Abs. 2, der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 (DO)

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Stadtsenat daher den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 3 iVm Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr. 130/1967, in der Fassung LGBl 45/2016, beschließen:

1. Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf eines Landesgesetzes wird genehmigt. Die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz wird in diesem Entwurf - dem Motivenbericht entsprechend - geändert.
2. Der Gesetzesentwurf wird dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur legislativen Umsetzung vorgelegt.

E.1.27) Stück Nr. 62, GZ.: A 8/4-52298/2017

**Wohnen Graz Liegenschaften Faunastraße; EZ 682, KG Wetzelsdorf
Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit zur Duldung der militä-
rischen Anlage Belgier Kaserne bzw. Verzicht auf Unterlassungs- u. Beseiti-
gungsansprüche; Antrag auf Zustimmung.**

Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Betei-
ligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat
wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6, des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.
Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. Nr. 45/2016, beschließen:

Der Republik Österreich wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung der mi-
litärischen Anlage Belgier Kaserne und Verzicht auf Schadenersatz-, Unterlassungs-
und Beseitigungsansprüche zu Lasten der städt. EZ 682, KG 63128 Wetzelsdorf, gele-
gen in der Faunastraße gern. beiliegenden Plan, im Sinne des angeschlossenen Ver-
tragsentwurfes eingeräumt.

E.1.28) Stück Nr. 63, GZ.: A 8-18782/2006-137 und A8-20081/2006-189

A. Energie Graz GmbH

Generalversammlung -

Wahl der Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2017

**Ermächtigung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967 (mit analoger Ermächtigung für die Holding Graz - Kommunale
Dienstleistungen GmbH bzw. deren Tochtergesellschaft Energie Graz Hol-
ding GmbH); Umlaufbeschluss**

B. Energie Graz GmbH & Co KG

Gesellschafterversammlung -

Wahl der Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2017

**Ermächtigung gemäß § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967 (mit analoger Ermächtigung für die Holding Graz - Kommunale
Dienstleistungen GmbH bzw. deren Tochtergesellschaft Energie Graz Hol-
ding GmbH); Umlaufbeschluss**

Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichts stellt der Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemein-
derat wolle gemäß § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr.
130/1967, idF LGBl Nr. 45/2016, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, StR Dr. Günter Riegler, sowie
analog in der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH bzw. deren Tochter
Energie Graz Holding, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss, folgenden Anträgen
zuzustimmen:

Ad A. - Energie Graz GmbH

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Wege
2. Zustimmung zur Bestellung der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zur Abschlussprüferin des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017

Ad B. - Energie Graz GmbH & Co KG

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Wege
2. Zustimmung zur Bestellung der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zur Abschlussprüferin des Jahres- bzw. Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2017.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 2), 3), 4), 5), 8), 9), 10), 11), 12), 13), 15), 16), 17), 18), 19), 20), 21), 22), 23), 24), 56), 57), 58), 60), 62) und 63) wurden einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 des Tagesordnungspunktes Nr. 7) wurde gegen die Stimmen der KPÖ, SPÖ und Neos angenommen.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 61) wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Neos angenommen.

E.2) Berichtete Stücke

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nun darf ich jetzt gleich zur Berichterstattung des Stückes 1 kommen und darf Herrn Gemeinderat Mag. Sippel bitten, die Reisekostenverordnung zu berichten.

E.2.1) Stück Nr. 1, GZ.: A 1-49843/2017-1

Reisekostenverordnung 2017

Berichterstatter: Gemeinderat Klubobmann Sippel

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel:

In dem Stück geht es um eine Novellierung der Reisekostenverordnung. Das Präsidialamt hat dies ausgearbeitet. Es ist im Ausschuss einstimmig auch angenommen worden. Im Wesentlichen geht es um die Änderung Begriffsbestimmung Dienstreise. Durch die Gemeindezusammenlegung kann man jetzt auch ins Grazer Umland fahren und das als Dienstreise anrechnen lassen.

Bei den Fahrtkosten ist einiges angepasst worden. Es ist ja so, dass wenn man ein Sparticket bei der ÖBB hat, dann ist es oft so, dass die erste Klasse günstiger ist als die zweite. Also das heißt, auch Reisen, wenn es günstiger sein sollte in der 1. Klasse, sind zulässig und dann ist es jetzt so, dass es eine Belegpflicht gibt, dass man eben das belegen muss, wenn man eine Dienstreise gemacht hat und nicht mehr pauschal irgendwelche Tarife abrechnen kann. Insgesamt reden wir von Reisegebühren, die der Stadt Graz angefallen sind, im Jahre 2016: € 176.000. Davon waren € 56.000, also gut ein Drittel, reine Fahrtkosten, der Rest waren Hotel- und Nächtigungskosten. Wie gesagt, einstimmig im Personalausschuss und deshalb auch hier die Bitte um Annahme.

Danke. (*Applaus*)

*Der Berichterstatter stellt daher aufgrund des vorstehenden Berichtes namens des Ausschusses für Personal den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1) Dem im Anhang befindlichen Entwurf einer Verordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 21.09.2017, mit der der Ersatz von Reiskosten festgelegt wird (Reisekostenverordnung 2017), wird auf Grundlage des § 31j Abs. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl 30/1957, in der Fassung LGBl 53/2017, zugestimmt.*
- 2) Die Regelungen des im Anhang befindlichen Verordnungsentwurfes sind sinngemäß auf jene Bediensteten anzuwenden, die nach den Bestimmungen des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl 30/1974, idF LGBl 54/2017, in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Graz stehen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Wünscht jemand zur Berichterstattung das Wort? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

**E.2.2) Stück Nr. 6, GZ.: A 8-17563/2006-235
Theaterholding Graz/Steiermark GmbH
Wechsel im AR; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87
Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz; Umlaufbeschluss
Berichterstatter: Gemeinderat Egger**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das nächste Stück ist das Stück Nr. 6) – Theaterholding Graz, Wechsel im Aufsichtsrat. Herr Gemeinderat Mag. Egger.

Gemeinderat Mag. (FH) Kurt Egger:

Herr Bürgermeister! Werte Stadtsenatsmitglieder! Liebe Gemeinderatskollegen!
Meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Im Stück 6) geht es darum, dass die Zusammensetzung des Aufsichtsrates in der Theaterholding verändert werden soll. Wie Sie wissen, besteht der Aufsichtsrat der Theaterholding aus sechs Mitgliedern. Drei, die vom Land entsandt werden und drei Mitgliedern, die von der Stadt Graz zu entsenden sind.

Das sind im jetzigen Fall Frau Dr.ⁱⁿ Messner, Herr Dr. Peter Weinmeister und Frau Mag.^a Petra Schachner. Mittels Gemeinderatsbeschluss soll eine Veränderung insofern herbeigeführt werden, dass der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung, Bürgermeister Siegfried Nagl, ermächtigt wird, mittels Umlaufbeschluss, also quasi zuzustimmen, dass ein Umlaufbeschluss stattfindet; dass Frau Dr.ⁱⁿ Messner abberufen wird und dass an ihrer Stelle Stadtrat a. D. Dr. Gerhard Rüscher nominiert wird. Ich bitte um Annahme.

*Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes stellt der Berichterstatter namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl.130/1967 i.d.F. LGBl. 45/2016, beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:*

- 1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbHG*
- 2. Zustimmung zur Abberufung von Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elgrid Messner, geb. 16.12.1956, als Aufsichtsrätin der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH*
- 3. Zustimmung zur Wahl von StR a.D. Univ. OoZ. DI Dr. Gerhard Rüscher, geb. 28.7.1948, in den Aufsichtsrat der Theaterholding Graz/Steiermark GmbH.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte, Frau Stadträtin Wirnsberger.

Stadträtin Wirnsberger:

Ich möchte im Namen meines Klubs festhalten, dass wir Herrn ehemaligen Stadtrat Rüscher sehr schätzen und ihn natürlich auch für qualifiziert halten für diese Tätigkeit im Aufsichtsrat. Wiewohl es gerade in diesem Bereich sehr viele qualifizierte Frauen auch gibt. Die Begründung, warum wir diesem Stück nicht zustimmen werden, ist diese, dass in der Debatte um die Abschaffung der Frauenquote ja auch Sie, Herr Bürgermeister, versichert haben, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die ÖVP und die Stadt Graz diese Quoten auch einhalten. Das sehen wir hier einfach nicht gegeben und deswegen werden wir nicht zustimmen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Braunersreuther, bitte.

Gemeinderätin DI.ⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, auch wir stimmen aus den eigentlich ähnlichen Gründen nicht zu. Oder denselben Gründen. Uns geht es nicht um die Person. Uns geht es zum einen darum, dass wir generell einem Aufsichtsrat, der nur noch von den regierenden Parteien getragen ist, nicht zustimmen wollen. Und darum, dass hier gleich ein gutes Beispiel dafür angeführt wird, wie mit dieser Empfehlung eine 50%-Frauenquote sogar zu erreichen, die aber jetzt nicht mehr als verpflichtend vorgeschrieben ist, mit den neueren Regelungen umgegangen wird, indem nämlich ein weibliches Aufsichtsratsmitglied durch ein männliches ersetzt wird und deswegen die Quote stark sinkt. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat Haßler, bitte.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Wenn wir diskutieren müssen, dann muss ich mich auch zu Wort melden.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, wir werden auch dagegen stimmen. Ich möchte auch betonen, wie schon im Ausschuss, dass es sicher nicht an der Person des Entsendeten liegt...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

...weil unser ehemaliger Kollege und Stadtrat Gerhard Rüschi ist aus unserer Sicht auf jeden Fall für diesen Bereich auch sehr gut geeignet. Aber wir stimmen aber eben dagegen, weil wir aus demokratie-politischen Gründen, nachdem die Aufsichtsräte ja nur mehr die Farbe Flieder tragen dürfen, sehen wir uns da ausgeschlossen und deshalb sind wir dagegen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Schade, dass es heute keine Wortmeldung gegeben hat, als ich bei den Mitteilungen festgestellt habe, dass wir einen Mann aus der ITG herausnehmen und eine Frau einsetzen. Ich habe jetzt dem Kollegen Gerhard Rüschi eigens beim Abschied einen Schottenrock geschenkt. Vielleicht wird er ihn tragen.

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Aber ich möchte da anmerken, dass wir hier nach der fachlichen Qualifikation auch vorgegangen sind und der Gerhard Rüschi im Aufsichtsrat sicherlich eine wertvollere Person sein wird. Wundern tut es mich, wenn Kollege Haßler herausgeht. Weil gerade mit den Sozialdemokraten gab es von mir immer schon die Empfehlung, dass vielleicht auch irgendwann einmal bei den Betriebsräten, die auch in unseren Aufsichtsratssitzungen mit Gewicht und Stimme vertreten sind, vielleicht doch einmal auch eine Frau dabei wäre. Es ist immer ein reines Männergremium. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass sich das vielleicht auch einmal ändern wird. Aber wie gesagt, zum heutigen Tag kann man sagen...

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister Mag. Nagl:

...haben wir eine Frau in den Aufsichtsrat entsandt und einen Mann. (*Applaus*)

Gut. Gibt es dann Gegenstimmen? Dann bitte ich um die Prostimmen.

Unverständliche Zwischenrufe.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Prostimmen jetzt bitte. 25, ist die Mehrheit. Damit ist auch dieses Stück mehrheitlich beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ und Neos angenommen.

E.2.3) Stück Nr. 14, GZ.: A 8-22996/2006-48

**Umfassende Sanierung des städtischen Wohnhauses „Mandellstraße 40“;
Nachforderung des Landes Steiermark; Darlehensaufnahme in der Höhe von
€ 39.579 beim Land Steiermark**

Berichterstatter: Gemeinderat Schunko

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das Stück Nr. 14): Die umfassende Sanierung des städtischen Wohnhauses Mandellstraße 40. Berichterstattung: Herr Gemeinderat Schunko.

Gemeinderat Schunko:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Stadtsenat! Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um das städtische Wohnhaus Mandellstraße 40. Hier geht es um eine Nachförderung vom Land Steiermark, um ein Direkt-Darlehen in der Höhe von € 39.579. Es geht hier um einen Antrag. Ich bitte hier um eine Annahme dieses Antrags in dieser Höhe von diesem Darlehen.

*Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes stellt der Berichterstatter namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit. c des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl. Nr. 45/2016, mit der erforderlichen Mehrheit beschließen: Die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 39.579 auf Basis der Bestimmungen des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 und der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz wird zu den Bedingungen des beiliegenden Schuldscheines und der beiliegenden Förderungszusicherung, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, genehmigt. Zur Sicherstellung des Betrages von € 39.579 samt 0,5 % p.a. Zinsen, 5,5 % Verzugs- bzw. Zinseszinsen und der Kautions in der Höhe von € 3.957,90 verpflichtet sich die Stadt Graz gemäß Schuldschein zur Verpfändung von 1/1 Anteile der Liegenschaft (Baurechts-) EZ 579 Grundbuch 63102 St. Leonhard, sowie zur Einräumung eines Veräußerungsverbots.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenstimmen? Dann ist das ein einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.4) Stück Nr. 25, GZ.: A 14_009003_2017

04.08.1 Bebauungsplan „Lendkai/Netzgasse/Neubaugasse/Pflanzengasse“;

1. Änderung.

Berichterstatter: Gemeinderat Topf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Herr Gemeinderat DI Topf wird jetzt den ersten Bebauungsplan berichten. Das ist der von Lendkai/Netzgasse/Neubaugasse/Pflanzengasse.

Gemeinderat DI Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Werte Vertreter des Magistrats! Es geht hier um den 04.08.1 Bebauungsplan Lendkai/Netzgasse/Neubaugasse/Pflanzengasse, um die 1. Abänderung dieses Bebauungsplanes. Im Wesentlichen geht es um die Gestaltung eines Hotelprojektes, eines Hotels in der Neubaugasse. Die Ausgangslage darf ich kurz schildern. Dass hier eben ein Teil des Bebauungsplangebietes für ein Hotel genutzt werden sollte.

Die Diskussion, die ich gleich ein wenig auf den Ausschuss lenken möchte, war in mehreren Phasen sozusagen aufgeteilt, wenn ich das so sagen darf. Erstens einmal war nicht ganz klar, wie es mit den Dichteüberschreitungen aussieht. Wir haben dort nämlich Überschneidungen von Dichten, sozusagen einerseits eine höhere Dichte im südlichen Teil; eine niedrige Dichte im nördlichen Teil. Und die Verschränkung der beiden Dichtungen hat eben zu dieser Dichteüberschreitung im konkreten Bebauungsplan geführt. Das war ein Punkt, der gestern angeschnitten wurde.

Es hat auch interessanterweise nur zwei Einwendungen gegeben. Einerseits vom Bezirksrat Lend, hinsichtlich der großkronigen Bäume. Das wurde also noch einmal gestern ganz klar dargestellt, dass die Bäume, die aufgrund des Projektes entfallen, durch die gleiche Anzahl von Bäumen ersetzt wird.

Dann war auch die Diskussion, wie es mit der Buszufahrt, das wurde auch vom Kollegen Dreisiebner und auch vom Bezirk Lend hier angeschnitten, nämlich die Situation, dass natürlich zu einem Hotel vermehrt Buszufahrten zu erwarten sind. Und dass die Einbindung aus der Keplerstraße Richtung Norden in Neubaugasse ein Problem darstellen könnte. Das wird also durchaus noch einmal, glaube ich, im Detail anzuschauen sein.

Dann war eine Einwendung, die auch hier andiskutiert wurde. Nämlich die Dachbegrünung, die also gestern auch von Kollegin Braunersreuther angesprochen wurde. Es ist im Verordnungstext genau geregelt, dass die Dachbegrünung stattfinden sollte. In diesem Zusammenhang war auch die Einwendung der Abteilung 13, Bautechnik und Gestaltung, und diesen Einwendungen konnte hier entsprochen werden.

Ich darf also im Namen des Ausschusses folgenden Antrag stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 04.08.1 Bebauungsplan „Lendkai/Netzgasse/Neubaugasse/Pflanzengasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen, als Punkt 2. Ich bitte um Annahme.

*Im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes stellt der Berichterstatter namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 Abs. 3 Stmk. Raumordnungsgesetz 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. den 04.08.1 Bebauungsplan „Lendkai/Netzgasse/Neubaugasse/Pflanzengasse“,
1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt
Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke für die Berichterstattung. Wünscht jemand zum Stück das Wort. Bitte Herr Gemeinderat Dreisiebner.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja vielen Dank. Kollege Topf hat es ja schon ausgeführt. Die Buszufahrt aufgrund der Straßenquerschnittsthematik am südlichen Beginn Neubaugasse Kreuzung mit der Keplerstraße bzw. auch die richtungsgebundene oder –beschränkte Zufahrtsmöglichkeit, mehr aber auch noch die Enge, ist ein recht großes Problem. In einem Gespräch mit dem Bauwerber konnte aber auch festgestellt werden, aus meiner Sicht, im Vorfeld, dass es dort aufgrund der geringen Größe, 99 Betten, mit zum Beispiel zwei Bussen praktisch schon ein halbvolles Hotel gibt. Es ist ja nicht direkt auf Busse ausgelegt.

Ja, dass Bäume wieder nachgepflanzt werden müssen, ist auch ein weiterer positiver Vorteil. Dass erhaltenswerte Bäume jetzt auch in der Änderung eingezeichnet sind, hat uns auch sehr den Dank für den verantwortlichen Kollegen, der den Bebauungsplan gemacht hat, aussprechen lassen. Grundsätzlich glaube ich, dass wir im Bereich dort eine schöne Entwicklung hier kriegen; dass wir aufgrund der Nähe zu diversen Einrichtungen, ich nenne jetzt einmal eine große Industriefirma wie AVL oder auch die Nähe zur Stadtmitte; dass das dort für den Bereich ein Gewinn ist, nördlich des Lendplatzes. Das ist auch sehr positiv für mich, eben auch gerade für mich als einen, der in der Gegend wohnt.

Und wie gesagt, grundsätzlich ist das ein sehr schönes Projekt und es hat unsere Skepsis dann doch noch zerstreut und das werden wir auch mit der Prostimme so durchführen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Keine weiteren Wortmeldungen. Gibt es eine Gegenstimme? Ein einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.5) Stück Nr. 26, GZ.: A 14-152156/2016/0011

**04.27.0 Bebauungsplan „Starhemberggasse“; IV. Bez. KG 63104 Lend
Berichterstatter: Gemeinderat Lohr**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der nächste Bebauungsplan ist der der Starhemberggasse und ich darf Herrn Gemeinderat Ing. Lohr ersuchen, diesen vorzutragen.

Gemeinderat Ing. Lohr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Sehr verehrte Zuhörer! Mit Schreiben vom 20. Dezember 2016 ersuchte die ÖWG um die Erstellung eines Bebauungsplanes.

Das Planungsgebiet weist dort eine Größe von ca. 25.000 m² auf. Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan-Entwurf - 2. Auflage liegt das Bebauungsplangebiet im „Allgemeinen Wohngebiet-Aufschließungsgebiet" mit einem Bebauungsdichtewert von 0,2 bis 1,4. Gemäß Deckblatt zum Flächenwidmungsplan ist zur Aufhebung des Aufschließungsgebietes die Erstellung eines Bebauungsplanes notwendig.

Es hat eine öffentliche Informationsveranstaltung im BORG Dreierschützengasse stattgefunden. Während der Auflagefrist langten drei Einwendungen bzw. vier Stellungnahmen im Stadtplanungsamt ein. Diese sind geprüft und beantwortet worden. Im Ausschuss ist dieser Bebauungsplan einstimmig beschlossen worden. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 04.27.0 Bebauungsplan „Starhembergasse“, bestehend aus Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Aufhebung des Aufschließungsgebietes für die Grundstücke, die Nummern bitte dem Stück zu entnehmen und die Einwendungserledigungen. Ich bitte um Annahme. (*Applaus*)

*Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. den 04.27.0 Bebauungsplan „Starhembergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Aufhebung des Aufschließungsgebietes für das Gst. 1023/1, 1023/5 und 1024/2, KG 63104 Lend, und*
- 3. die Einwendungserledigungen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke auch für diese Berichterstattung. Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenstimme? Einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.6) Stück Nr. 27, GZ.: A 14-047757/2017
02.05.1 Bebauungsplan „Schörgelgasse“; 1. Änderung,
II. Bez. KG St. Leonhard
Berichterstatter: Gemeinderat Piffl-Percevic

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jetzt darf ich zu den vielen Bebauungsplänen kommen, die aus juristischer Sicht auch zu ändern sind. Und Dr. Piffl-Percevic wird einmal berichten, und dann werden wir die Vorgangsweise wählen, dass ich immer zum jeweiligen Stück den Betreff verkünde und dann frage, ob es Gegenstimmen gibt.

Gemeinderat Dr. Piffl-Percevic:

Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir bleiben beim Überbegriff Bebauungspläne. Wir haben zwei gerade beschlossen. Georg Topf hatte bereits eine Änderung zu einer Verordnung, die aus Anlass dieses Hotelbaus war, hier berichtet.

Diesmal geht es bei insgesamt 29 schon vor mitunter längerer Zeit beschlossenen Bebauungsplänen, die, wie wir auch jetzt wieder präsentiert bekommen haben, im Range einer Verordnung stehen bzw. eine Verordnung enthalten, um eine juristische Korrektur. Inhaltlich ändert sich sozusagen vor Ort draußen nichts. Aber die Flächenwidmungspläne der Stadt haben sich ja über die Jahre weiterentwickelt. Und in früheren Bebauungsplänen wurden in den Verordnungen in eigenen Paragraphen die damals gültigen Bebauungsdichten erwähnt und festgehalten bzw. dort festgelegt.

Mittlerweile sind in insgesamt 29 dieser Fälle Widersprüche zu der Weiterentwicklung des Flächenwidmungsplanes hinsichtlich der Bebauungsdichte entstanden. In weiser Voraussicht, diese Problematik hat man bereits vor Jahren erkannt, wurden daher in den jünger zurückliegenden Bebauungsplänen gleich gar keine Festlegungen der Bebauungsdichte getroffen, sondern sozusagen dynamisch auf den jeweils gültigen Flächenwidmungsplan verwiesen.

Bei den länger zurückliegenden, wie gesagt, war das noch nicht der Fall. Es geht also in all diesen 29 Fällen um eine Korrektur des jeweiligen Paragraphen hinsichtlich der Bebauungsdichte in der Verordnung, der jetzt lauten wird: Zur Vermeidung von Widersprüchen zu übergeordneten Planungen entfällt der jeweilige Paragraph hinsichtlich der Bebauungsdichte. Es gelten die Festlegungen des Flächenwidmungsplanes. Das ist in all diesen 29 Fällen so festgehalten. Ich stelle daher den Antrag, diesen 29 Verordnungsänderungen die Zustimmung zu erteilen. (*Applaus*)

*Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 02.05.1 Bebauungsplan „Schörgelgasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke für die Berichterstattung. Also Stück Nr. 27) 02.05.1 Bebauungsplan „Schörgelgasse“: Gibt es eine Gegenstimme? Das ist nicht der Fall.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

**E.2.7) Stück Nr. 28, GZ.: A 14-047764/2017
03.02.2 Bebauungsplan „Zusertalgasse“; 2. Änderung,
III. Bez. KG Geidorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Dann Stück Nr. 28) Bebauungsplan 03.02.2 „Zusertalgasse“: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmiger Beschluss.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 03.02.2 Bebauungsplan „Zusertalgasse“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.8) Stück Nr. 29, GZ.: A 14-047770/2017
03.03.3 Bebauungsplan „Wassergasse“, 3. Änderung,
III. Bez. KG Geidorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

03.03.3 Bebauungsplan „Wassergasse“: Gibt es hier eine Gegenstimme? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 03.03.3 Bebauungsplan „Wassergasse“, 3. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.9) Stück Nr. 30, GZ.: A 14-047775/2017
03.05.1 Bebauungsplan „Theodor-Körner-Straße“, 1. Änderung,
III. Bez. KG Geidorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

03.05.1 Bebauungsplan „Theodor-Körner-Straße“, 1. Änderung: Gibt es eine Gegenstimme? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 03.05.1 Bebauungsplan „Theodor-Körner-Straße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.10) Stück Nr. 31, GZ.: A 14-047785/2017
03.09.1 Bebauungsplan „Elisabethstraße“, 1. Änderung,
III. Bez. KG Geidorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

03.09.1 Bebauungsplan „Elisabethstraße“: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 03.09.1 Bebauungsplan „Elisabethstraße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.11) Stück Nr. 32, GZ.: A 14-047786/2017

03.11.1 Bebauungsplan „Körösisstraße-Schwimmschulkai“, 1. Änderung, III. Bez. KG Geidorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

03.11.1 Bebauungsplan „Körösisstraße-Schwimmschulkai“, 1. Änderung. Auch hier kein Einwand.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 03.11.1 Bebauungsplan „Körösisstraße-Schwimmschulkai“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.12) Stück Nr. 33, GZ.: A 14-047788/2017

04.04.2 Bebauungsplan „Lendkai-Mariahilfer Straße-Südtiroler Platz-Mariahilfer Platz“, 2. Änderung, IV. Bez. KG Lend

Bürgermeister Mag. Nagl:

04.04.2 Bebauungsplan „Lendkai-Mariahilfer Straße-Südtiroler Platz-Mariahilfer Platz“, 2. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 04.04.2 Bebauungsplan „Lendkai-Mariahilfer Straße-Südtiroler Platz-Mariahilfer Platz“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.13) Stück Nr. 34, GZ.: A 14-047791/2017

04.05.1 Bebauungsplan „Waldertgasse“, 1. Änderung, IV. Bez. KG Lend

Bürgermeister Mag. Nagl:

04.05.1 Bebauungsplan „Waldertgasse“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Auch einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 04.05.1 Bebauungsplan „Waldertgasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.14) Stück Nr. 35, GZ.: A 14-048401/2017

05.04.2 Bebauungsplan „Grenadiergasse“, 2. Änderung, V. Bez. KG Gries

Bürgermeister Mag. Nagl:

Beim Stück 35) handelt es sich um den Bebauungsplan 05.04.2 „Grenadiergasse“, 2. Änderung. Auch hier kein Einwand.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 05.04.2 Bebauungsplan „Grenadiergasse“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.15) Stück Nr. 36, GZ.: A 14-048405/2017

05.09.2 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel“, 2. Änderung, V. Bez. KG Gries

Bürgermeister Mag. Nagl:

05.09.2. Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel“, 2. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Das ist nicht der Fall.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 05.09.2 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.16) Stück Nr. 37, GZ.: A 14-048407/2017

06.07.1 Bebauungsplan „Schönaugasse-Fröhlichgasse“, 1. Änderung, VI. Bez. KG Jakomini

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bebauungsplan 06.07.1 „Schönaugasse-Fröhlichgasse“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 06.07.1 Bebauungsplan „Schönaugasse-Fröhlichgasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.17) Stück Nr. 38, GZ.: A 14-048408/2017

**07.07.1 Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße-Kloiberweg“,
1. Änderung, VII. Bez., KG Neudorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

07.01.1 Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße-Kloiberweg“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 07.01.1 Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße - Kloiberweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.18) Stück Nr. 39, GZ.: A 14-048410/2017

07.05.1 Bebauungsplan „Dorfstraße“, 1. Änderung, VII. Bez., KG Engelsdorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

39): 07.05.1 Bebauungsplan „Dorfstraße“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 07.05.1 Bebauungsplan „Dorfstraße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.19) Stück Nr. 40, GZ.: A 14-048413/2017

**08.01.1 Bebauungsplan „Arthur-Michl-Gasse“, 1. Änderung,
VIII. Bez., KG St. Peter**

Bürgermeister Mag. Nagl:

08.01.1 Bebauungsplan „Arthur-Michl-Gasse“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 08.01.1 Bebauungsplan „Arthur-Michl-Gasse“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.20) Stück Nr. 41, GZ.: A 14-048415/2017

**08.06.2 Bebauungsplan „Anton-Jandl-Weg“, 2. Änderung,
VIII. Bez., KG Graz Stadt - Messendorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

08.06.2 Bebauungsplan „Anton-Jandl-Weg“, 2. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 08.06.2 Bebauungsplan „Anton-Jandl-Weg“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.21) Stück Nr. 42, GZ.: A 14-048423/2017

**09.02.1 Bebauungsplan „Moelkweg“, 1. Änderung,
IX. Bez., KG Waltendorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

09.02.1 Bebauungsplan „Moelkweg“, 1. Änderung: Gibt es hier eine Gegenstimme? Ebenso einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 09.02.1 Bebauungsplan „Moelkweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.22) Stück Nr. 43, GZ.: A 14-048425/2017

**09.05.1 Bebauungsplan „Ragnitztalweg“, 1. Änderung,
IX. Bez., KG Waltendorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

09.05.1 Bebauungsplan „Ragnitztalweg“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 09.05.1 Bebauungsplan „Ragnitztalweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.23) Stück Nr. 44, GZ.: A 14-048430/2017

**11.04.2 Bebauungsplan „Kirchbergstraße“, 2. Änderung,
XI. Bez., KG Wenisbuch**

Bürgermeister Mag. Nagl:

11.04.2 Bebauungsplan „Kirchbergstraße“, 2. Änderung: Gibt es hier einen Einwand?
Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 11.04.2 Bebauungsplan „Kirchbergstraße“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.24) Stück Nr. 45, GZ.: A 14-048433/2017

**12.04.1 Bebauungsplan „Prohaskagasse-Peneffgründe“, 1. Änderung,
XII. Bez., KG Andritz**

Bürgermeister Mag. Nagl:

12.04.1 Bebauungsplan „Prohaskagasse-Peneffgründe“, 1. Änderung: Gibt es einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 12.04.1 Bebauungsplan „Prohaskagasse (Peneffgründe)“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.25) Stück Nr. 46, GZ.: A 14-048435/2017

**12.06.1 Bebauungsplan „Stattegger Straße“, 1. Änderung,
XII. Bez., KG Andritz**

Bürgermeister Mag. Nagl:

12.06.1 Bebauungsplan „Stattegger Straße“, 1. Änderung: Einwand? Gibt es keinen.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 12.06.1 Bebauungsplan „Statteggerstraße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.26) Stück Nr. 47, GZ.: A 14-048437/2017

13.03.1 Bebauungsplan „Waldweg“, 1. Änderung, XIII. Bez., KG Gösting

Bürgermeister Mag. Nagl:

47. Stück: 13.03.1 Bebauungsplan „Waldweg“, 1. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 13.03.1 Bebauungsplan „Waldweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.27) Stück Nr. 48, GZ.: A 14-048439/2017

14.04.1 Bebauungsplan „Plabutscher Straße-Steinbruchweg“, 1. Änderung, XIV. Bez., KG Algersdorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

48. Stück ist 14.04.1 Bebauungsplan „Plabutscher Straße-Steinbruchweg“, 1. Änderung. Gibt es hier eine Gegenstimme? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 14.04.1 Bebauungsplan „Plabutscherstraße-Steinbruchweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.28) Stück Nr. 49, GZ.: A 14-048440/2017

14.05.1 Bebauungsplan „Wetzelsdorfer Straße“, 1. Änderung, XIV. Bez., KG Baierdorf

Bürgermeister Mag. Nagl:

14.05.1 Bebauungsplan „Wetzelsdorfer Straße“, 1. Änderung. Einwände gibt es keine.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 14.05.1 Bebauungsplan „Wetzelsdorfer Straße/Gaswerkstraße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.29) Stück Nr. 50, GZ.: A 14-048441/2017

**15.01.1 Bebauungsplan „Reininghausgründe“, 1. Änderung,
XV. Bez., KG Wetzelsdorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

15.01.1 Bebauungsplan „Reininghausgründe“, 1. Änderung: Gegenstimmen? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 15.01.1 Bebauungsplan „Reininghausgründe“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.30) Stück Nr. 51, GZ.: A 14-048442/2017

**15.04.1 Bebauungsplan „Brauhausstraße/Wetzelsdorfer Straße“,
1. Änderung, XV. Bez., KG Wetzelsdorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

15.04.1 Bebauungsplan „Brauhausstraße/Wetzelsdorfer Straße“, 1. Änderung: Gegenstimmen? Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 15.04.1 Bebauungsplan „Brauhausstraße/Wetzelsdorfer Straße“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.31) Stück Nr. 52, GZ.: A 14-048444/2017

16.13.2 Bebauungsplan „Guldinweg“, 2. Änderung, XVI. Bez., KG Webling

Bürgermeister Mag. Nagl:

52.) Stück ist 16.13.2. Bebauungsplan „Guldinweg“, 2. Änderung: Gibt es hier einen Einwand? Auch einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 16.13.2 Bebauungsplan „Guldinweg“, 2. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.32) Stück Nr. 53, GZ.: A 14-048445/2017

16.07.1 Bebauungsplan „Am Wagrain“, 1. Änderung, XVI. Bez., KG Webling

Bürgermeister Mag. Nagl:

16.07.1 Bebauungsplan „Am Wagrain“, 1. Änderung: Einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 16.07.1 Bebauungsplan „Am Wagrain“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.33) Stück Nr. 54, GZ.: A 14-048450/2017

**17.07.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung,
XVII. Bez., KG Rudersdorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

17.07.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung: Gibt es hier Einwendungen?

Auch einstimmig.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 17.07.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.34) Stück Nr. 55, GZ.: A 14-048451/2017

**17.14.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung,
XVII. Bez., KG Rudersdorf**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das letzte Stück aus dieser Serie. 17.14.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung: Gibt es hier eine Gegenstimme? Das ist auch nicht der Fall.

*Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. den 17.14.1 Bebauungsplan „Oberer Auweg“, 1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut und Erläuterungsbericht.*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

E.2.35) Stück Nr. 59, GZ.: WG 39853/2016/0011
Neubauprogramm 2017/18 – Eigenneubau Am Grünanger
Berichterstatter: Gemeinderat Mogel

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir kommen zur Berichterstattung des Stücks Nr. 59. Es geht um das Neubauprogramm im Wohnungsbereich. Eigenneubau Am Grünanger. Herr Gemeinderat Mogel wird berichten.

Gemeinderat Mogel:

Liebe Zuhörer! Hoher Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Zukunftsprogramm Agenda Graz 22 haben wir eine Übereinkunft getroffen, in den nächsten fünf Jahren rund 500 neue Sozialwohnungen zu realisieren. Im Rahmen des Neubauprogrammes 2017 und 2018 stelle ich Ihnen das Projekt „Eigenneubau Am Grünanger“ mit 60 Wohneinheiten vor. Wir reden hier von einem Areal in Liebenau in Murnähe zwischen der Theyergasse, Andersengasse und Pichlergasse. Historische Auszüge belegen eine lagerartige Bebauung aus der NS-Zeit zur Versorgung von Zwangsarbeitern.

Auch heute noch finden sich hier zahlreiche kleine Holzhütten, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar und baubehördlich und brandschutzrechtlich nicht mehr genehmigungsfähig sind. Aus einem Architektenwettbewerb hat sich ein Projekt ergeben, das im Ausschuss sehr genau vorgestellt wurde und sich durch seine Anordnung aus ökosozialer Sicht als das beste erwiesen hat. Es wurde auch darauf geachtet, den dörflichen Anger-Charakter beizubehalten. Es handelt sich hierbei um 2-3-geschossige, nicht unterkellerte Wohngebäude in Massiv- und Holzriegelbauweise. Die Gesamtkosten belaufen sich etwa auf € 5.450.000, die auf die Jahre 2018 bis 2020 aufgeteilt, mit einem kleinen Teil 2017, sind. Ich bitte um Annahme dieses Projektes, mit dem Zusatz der Beauftragung des Eigenbetriebes Wohnen Graz zur erforderlichen Darlehens- und Kontoaufnahme. Dankesehr. (*Applaus*)

*Der Berichterstatter stellt gemäß § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes namens des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“ und des Verwaltungsausschusses WOHNEN GRAZ den **Antrag**, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit der Durchführung der Errichtung von 13 städtischen Wohnhäusern auf den Liegenschaften EZ 701 bzw. EZ 1342, KG 63113 Liebenau, mit insgesamt 60 Wohneinheiten und einer Gesamtnutzfläche von ca. 3.350 m² NNFL mit den projektierten Gesamtkosten in der Höhe von rund € 5.450.000 beauftragt.*
- 2.) Der Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ wird mit der erforderlichen Darlehens- und Baugirokontenaufnahme für dieses Projekt beauftragt. Die Finanzierung dieses Projekts erfolgt aus dem genehmigten Finanzrahmen für die Jahre 2018-2022 für Neuprojekte und wird nach erfolgter Genehmigung mit den jeweiligen Jahrestrestranchen in die Budgets bzw. Mittelfristplanungen des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“ übernommen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals. Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin.

**E.2.35.1) Zusatzantrag von Gemeinderätin Robosch, SPÖ,
zu Stück Nr. 59, GZ.: WG 39853/2016/0011
Neubauprogramm 2017/18 – Eigenneubau Am Grünanger**

Gemeinderätin Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Bürgermeister! Werte Gäste! Wie wir alle wissen, hat die Stadt Graz in der NS-Zeit den unrühmlichen Titel getragen „Stadt der Volkserhebung“. Doch bis 2011 waren große Teile der Bevölkerung nicht über die konkreten Verbrechen in der Stadt Graz informiert. Die konkreten Verbrechen auch im NS-Lager Graz-Liebenau. Die konkreten Verbrechen auch an den jüdischen Zwangsarbeiterinnen, den Frauen, die Zwangsabtreibungen erlitten haben oder den russischen Kriegsgefangenen. 2017 aber haben wir jetzt eine gesichtete Datenlage durch Gutachten und Luftbilder aus 1945 und können potentielle Massengräber auf einen halben Meter genau lokalisieren.

Die Stadt Graz hat aber im Umgang mit dieser sensiblen Thematik eine sehr zweischneidige Vorgehensweise gewählt. Wir haben in diesem Stück sehr wohl konkret ein Eingehen darauf, dass Sie sich dessen bewusst sind, dass aus diesem Grund auch Funde aus dieser Zeit gefunden werden können. Aber es wird nicht weiter darauf eingegangen. In diesem Zusammenhang stelle ich mir auch die Frage, wenn man sich gewisse Aussagen von Gemeinderäten der ÖVP vor Augen führt, dass es ein Zwangsarbeitslager wie jedes andere auch gewesen sein soll, ob sie wirklich wissen, was dort auch passiert ist. Dass Massenmord dort auch geschehen ist, wie in ganz vielen Städten in Österreich, aber vor allem auch in der Stadt der Volkserhebung.

Deswegen stellen wir im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den Zusatzantrag, dass der Eigenbetrieb Wohnen Graz beauftragt wird, im Zuge der Bauarbeiten mit ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnenlagern in ähnlicher Weise zu verfahren ist, wie dies bei der Baustelle des Speicherkanals erfolgt, indem die Relikte unter Einbeziehung von Historikerinnen und Historikern der Universität Graz und bei Bedarf des Bundes-Denkmalamtes für eine weitere Beurteilung sorgsam freigelegt und bewahrt werden, um so einen würdigen und respektvollen Umgang mit der schrecklichen Geschichte des Zwangsarbeiterlagers im Grünanger sicherzustellen. Wie dies gegenüber den Opfern als eine Verpflichtung angesehen werden muss. Und viertens: Eine Entscheidung darüber, in welcher Form hier auch eine angemessene Gedenkstätte, ein angemessenes Mahnmal errichtet werden soll, ist aufgrund der Ergebnisse dieser Freilegungen durch den Gemeinderat der Stadt Graz zu treffen, wobei hier auch auf den Fall Historikerinnen und Historiker der Universität Graz beizuziehen sind. Eine solche Gedenkstätte/ein solches Mahnmal ist im Zuge der Realisierung des Wohnprojektes umzusetzen. (*Applaus*)

**E.2.35.2) Abänderungsantrag von Gemeinderätin Wutte, MA, Grüne,
zu Stück Nr. 59, GZ.: WG 39853/2016/0011
Neubauprogramm 2017/18 – Eigenneubau Am Grünanger**

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin Wutte bitte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Grundsätzlich begrüßen wir natürlich die Errichtung von Gemeindewohnungen, weil es in Graz einen großen Mangel an leistbaren Wohnraum gibt. Wie auch schon von Kollegin Anna Robosch ausgeführt, ist dieses Projekt aber kein alltägliches, sondern die Gemeindewohnungen werden auf einem Areal errichtet, wo Kriegsverbrechen begangen wurden.

Diese historische Belastung wird im betreffenden Stück zwar kurz erwähnt, aber die Konsequenzen, die wir daraus ziehen müssen und ziehen sollten, nicht. Die große Relevanz, die diese historische Belastung hat, lässt sich auch erahnen, wenn man sieht, dass die Gebäude eben ohne Unterkellerung geplant sind.

Kurze Ausführungen zur Geschichte des Lagers:

Über Jahrzehnte wurde über das NS-Lager und die dort begangenen Verbrechen der Mantel des Schweigens gebreitet. Obwohl bereits kurz nach Kriegsende 53 Leichen gefunden wurden und ein britisches Militärgericht verurteilt hat, geriet das Lager danach beinahe in Vergessenheit. Erst als 1992 bei Bauarbeiten für einen Kindergarten wieder Skelette gefunden wurden, entstand wieder öffentliches Interesse an dem Thema.

Wichtige Aspekte des Lagers Liebenau wurden in einer Forschungsarbeit von Barbara Stelzl-Marx 2012 beleuchtet. Diese Forschungsarbeit setzt sich aber vor allem mit der Endphase des Lagers als Zwischenstation für Jüdinnen und Juden auf dem Todesmarsch nach Mauthausen auseinander. Die Verbrechen, die in der Frühphase des Lagers passierten, liegen größtenteils noch im Dunkeln.

So gibt es Hinweise, wie auch du gesagt hast, Anna Robosch, auf Zwangsabtreibungen und auch auf medizinische Versuche.

Unklar ist außerdem, wie viele Leichen sich noch in der Erde befinden. Durch die erwähnte Auswertung von Luftaufnahmen der Airforce lassen sich Bombentrichter und Gräben, die später zugeschüttet wurden, relativ genau lokalisieren, sodass gezielte Grabungen absolut Sinn machen würden. Die jüngsten Bauarbeiten für das Jugendzentrum und das Murkraftwerk wurden zwar archäologisch begleitet; die Ergebnisse dieser Grabungen und auch die Kriterien, nach denen da gearbeitet wurde, sind aber nach wie vor nicht öffentlich zugänglich.

Deswegen ist uns das zu wenig zu sagen, dass es jetzt wieder in ähnlicher Weise begleitet werden soll, wie von der SPÖ gefordert.

Die zu beschließende Neubebauung der Grünangers bietet erneut Gelegenheit, dieses dunkle Kapitel der Grazer Geschichte wirklich einmal systematisch und tiefgehend zu erforschen. Nach Abschluss der Grabungs- und Forschungsarbeiten kann das geplante Wohnprojekt trotzdem verwirklicht werden. Auf der Forschung aufbauend soll es einen, auch vom Mauthausen-Komitee geforderten, Lern- und Gedenkort geben. Was uns in dieser Sache besonders wichtig ist, ein solcher Gedenkort kann nicht einfach von oben installiert werden und man stellt dann was hin und denkt, damit ist die Sache erledigt. Sondern so ein Gedenkort macht nur dann Sinn, wenn wirklich viele BürgerInnen und Bürger in die Konzeption eingebunden werden. Insbesondere die ansässige Bevölkerung.

Weil es geht nicht nur um das Ergebnis eines solchen Gedenkortes, sondern auch um den Prozess der Auseinandersetzung. Nur so kann ein lebendiger Prozess entstehen.

Ich stelle daher namens der Grünen folgenden Abänderungsantrag:

1. Die Stadt Graz vergibt im Zuge des Abrisses der bestehenden Gebäude einen Forschungsauftrag zur systematischen Erforschung der Geschichte des NS-Lagers Liebenau inklusive systematischer Grabungsarbeiten am betreffenden Areal. Parallel dazu wird eine breite Diskussion über die Forschungsergebnisse und die Form des Gedenkens geführt, in die insbesondere die ansässige Bevölkerung eingebunden wird.
2. Nach Abschluss der Forschungsarbeiten und unter Berücksichtigung dieser wird der Eigenbetrieb Wohnen Graz mit der Durchführung der Errichtung von den im Stück genannten Wohnhäusern beauftragt, in der genannten Summe und
3. der Eigenbetrieb Wohnen Graz wird mit der erforderlichen Darlehens- und Baugirokontenaufnahme für dieses Projekt beauftragt.

Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Klubobmann Sippel bitte.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Wir können froh sein, dass da so ein tolles Projekt auch entsteht. Es ist ja gestern der Öffentlichkeit präsentiert worden. Der Herr Wohnungsstadtrat und Bürgermeister-Stellvertreter hat gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister dieses Projekt präsentiert. 36 Häuser, mit insgesamt 156 Sozialwohnungen, in einer Zeit, wo wir die ganze Zeit darüber reden, dass wir mehr sozialen Wohnraum brauchen, ist das wirklich eine ganz tolle Geschichte.

Noch dazu von der Umsetzung her und architektonisch wirklich dort sehr, sehr passend und wir halten uns an das, was wir auch als Agenda versprochen haben, aus der Agenda Parteien versprochen haben. Wir errichten in dieser Periode insgesamt 500, mindestens 500 neue Sozialwohnungen und das ist jetzt einmal wirklich auch nicht der Anfang. Weil begonnen hat es schon auch an anderen Orten, aber das ist jetzt die Weiterführung dieses Versprechens.

Und selbstverständlich gibt es auch eine wissenschaftliche Begleitung. Es wird aber jetzt immer so getan, wie wenn das jetzt etwas völlig Neues wäre und das außer Acht gelassen werden würde. Nein, das ist nicht der Fall. Wir begleiten das auch wissenschaftlich. Und zwar mit echten Experten. Nämlich mit dem Bundesdenkmalamt und es wird sogar jetzt eine Ausschreibung geben, wo es darum geht, dass ein technisches Büro diese Grabungsarbeiten auch dokumentiert und gegebenenfalls, sollten dort Funde auftreten, das auch sachgemäß bearbeitet. Und das ist auch vorgesehen und das hat ja der Kollege Berno Mogel auch vorgestellt, es wird dann auch Platz für eine Gedenkstätte geben. Naja, selbstverständlich.

Aber ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass es jetzt seitens einiger Parteien hier herinnen jetzt auch darum geht, diese historischen Begebenheiten, ich nenne sie auch dunkle Kapitel dieser Stadt, dass die ganz gerne als Vorwand und auch als Anlass genommen werden, um den politischen Willen auch, wie soll man sagen, durchzusetzen. Denn, das hat man ja schon beim Murkraftwerk ähnlich probiert, dass man da den Bau auf diese Art und Weise verhindert, diese Versuche hat es ja gegeben vor einigen Wochen und Monaten und jetzt versucht man halt den sozialen Wohnbau, der dort entstehen soll, zumindest zu verzögern. Und das wundert mich besonders auch von einer KPÖ, die ja, oder ich war zumindest in dem Glauben, dass ihr doch so etwas wart wie Förderer und Unterstützer des sozialen Wohnbaus.

Jetzt ist sozusagen der eigene Populismus dazu da, um hier den wichtigen sozialen Wohnbau Am Grünanger zu verhindern. Also ich kenne mich da nicht wirklich aus. In Wirklichkeit wird euch da der eigene Populismus, entspringt da ein bisschen gegen eure Interessen. Und ja, ich weiß nicht, wollt ihr... (*Applaus*)

Das ist die Frage. Ich meine, es ist jetzt keine Fragestunde, aber die Frage kann man ja trotzdem stellen: Wollt ihr wirklich dort die Bewohner in solchen Baracken halten? Das ist ja kein Zustand. Diese Baracken, ihr wisst es ja selber, schaut euch das einmal an, das ist ja nicht mehr würdig. Das sollte man ja gar nicht mehr sozialen Wohnbau nennen dürfen. Und jetzt wird dort verbessert, jetzt wird dort adaptiert und jetzt kommt dort auch noch mehr dazu. Und da verstehe ich überhaupt nicht, dass ihr mit solchen Strategien versucht, das zu verhindern oder zu verzögern zumindest. Ich bin froh, dass es...

Und im Übrigen mit dem Argument könnten wir ja dann alles lahmlegen, weil es gibt ja noch viel mehr, auch dunkle Kapitel in dieser Stadt, nehmen wir her den Schloßbergstollen, auch dort hat es Zwangsarbeiter gegeben. Wir haben den Feliferhof, dort hat es Ermordungen von Widerstandskämpfern gegeben. Wir haben den Hof der Polizeipräsidiale, wo auch in den letzten Kriegstagen Gegner ermordet worden sind. Da könnten wir überall jetzt alles aufhalten. Ich bin froh, dass diese Geschichte der Stadt Graz, dieses dunkle Kapitel auch aufgearbeitet wird und zwar von Experten, weil dann haben wir als Politiker auch wieder dann die Zeit, uns dem zu widmen, für was wir zuständig sind. Nämlich sozialen Wohnbau zu errichten und andere Infrastrukturmaßnahmen zu bauen. Und ich glaube, so sollte das sein, eine Aufgabenteilung.

Wir sind nicht die Historiker, wir sind nicht die Fachexperten, lassen wir die arbeiten und ich bin überzeugt davon, dass die auch die Arbeit gut machen. Insofern sind diese Zusatz- und Abänderungsanträge hinfällig, weil das ohnehin passiert, was Sie da vielleicht noch ein bisschen jetzt aufgebauscht wissen wollen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Stadträtin Elke Kahr ist die nächste Rednerin.

Stadträtin Kahr:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn über den Grünanger heute ein Stück vorliegt, dann ist das etwas, was mich in mehrerer Hinsicht berührt, wenn ich das so sagen darf. Nicht nur, weil die KPÖ das Wohnungsressort jetzt seit fast 20 Jahren bis letztes Jahr innegehabt hat und es mein Vorgänger Ernest Kaltenegger gemeinsam damals mit den dort ansässigen Pfarren und auch vielen engagierten NGOs verhindert hat, eigentlich, nämlich genau das, wo jetzt Kollege Sippel gemeint hat, ob man den sozialen Wohnbau verhindern will.

Wenn wir damals nicht für die Rettung des Grünangers und dieser Holzbaracken eingetreten wären, dann wäre dieses Gebiet verwertet worden. Man wollte diese Siedlung abreißen und da bin ich mir nicht sicher, ob damals Gemeindewohnungen entstanden wären. Also Konzeption dafür hat es keine gegeben.

Man hat diese Fläche immer, und das weiß ich aus unzähligen Gesprächen, als auch eine Fläche gesehen, wo man mit dem Argument, dem vermeintlichen, „wie arm die Leute dort sind, die in den Baracken wohnen müssen“, hergenommen. Der wirkliche Grund war eigentlich immer, dass man gar nie eingesehen hat, wie können da Leute auf so viel Grünfläche überhaupt wohnen?

Es ist immer hochwertiges Bauland gewesen, es war ja auch der Witz in Wirklichkeit, dass dieses ganze Gebiet, was die Bebauungsdichte betrifft, sozusagen, auch nicht einmal oft einen Holzschuppen hätte am Areal erlaubt, im Wissen, dass dort die Leute mit festen Brennstoffen heizen, weil einfach die Bebauungsdichte von den Hochhäusern vorne bei den Eigentumswohnungen auch miteingezogen worden sind.

Das ist eine lange, lange Geschichte. Ich bin dort als Jugendliche schon gewesen. Und eines muss ich Ihnen sagen, wo viele Nachbarschaftskonzepte und sozialarbeiterische Maßnahmen gescheitert sind, was das Besondere an der Bewohnerschaft immer damals und auch jetzt noch immer ist: Ist eigentlich der Zusammenhalt der Leute dort und der Kodex, der dort gilt. Es ist nämlich dort eine sehr, sehr hohe Wohnzufriedenheit in Wirklichkeit in diesem Grünanger. Das werdet ihr in den kommenden Jahren durchaus, wenn ihr mit den Leuten redet, kennenlernen. Dass man auf den einen oder anderen Nachbarn einen Pick hat, das ist überall so. Aber in Wirklichkeit sind die Grundsolidarität und der Zusammenhalt in diesem Gebiet ganz hoch. Und warum? Weil man die Menschen so nimmt, wie sie sind. Wir können das offen ansprechen.

Der Kollege Schwindsackl hat heute von psychisch erkrankten Menschen gesprochen. Dort leben schwerst psychisch erkrankte Menschen. Und gerade diese Wohnform Am Grünanger, in diesen Holzbaracken, also die kann man oft nicht eins zu eins, und der Kollege Stadtrat Eustacchio wird das wissen dann künftig hin auch. Du kannst in einem Mehrparteienhaus oft nicht jemanden, der einen besonderen Betreuungsbedarf oder gewisse Erkrankungen hat, so einfach in ein Wohnhaus zuweisen, wo man weiß, dass die Probleme vorprogrammiert sind. Die Wohnform dort heilt oft diese psychische Erkrankung, ob Sie das glauben oder nicht. Und die Menschen dort haben es gelernt über viele Jahrzehnte und sogar Generationen, weil da wohnen Familien über Generationen auch mittlerweile, haben das gelernt, den anderen so zu nehmen wie er ist. Und nicht so, wie man sich ihn wünscht.

Und das ist das Besondere am Grünanger. Deshalb wird es auch nicht so einfach sein, die Bewohnerschaft in irgendwelche Projekte miteinzubeziehen, weil sich die nicht instrumentalisieren lassen. Das ist jetzt meine persönliche Meinung.

Zum konkreten Stück möchte ich nur sagen, dass wir dort Gemeindewohnungen errichten, das war ja 2015 schon und das war schon ein Vorgänger vom Herrn Uhlmann, vom Dr. Wisiak, immer geplant, dass dort, wenn eine Fläche frei wird, wo eine Holzbaracke nicht mehr sanierungsfähig ist, dass wir diese wieder füllen mit einem Holzhaus, auch durchaus einstöckig, oder zweistöckig, aber auf jeden Fall in einer Form, die den Siedlungscharakter nicht zerstört. Das ist ganz, ganz wichtig, dass dieser Siedlungscharakter bleibt.

Und ein Großteil der Holzbaracken, wie sie genannt werden, oder der Holzhäuser, würde ich mittlerweile sagen, sind mittlerweile in einem guten Zustand, weil durchaus es auch Gott sei Dank einige Bewohner geschafft haben, weil sie arbeiten, weil sie selbst viel Geld hineinvestiert haben. Und wenn man sich das anschaut, und wenn ihr die Bewohner auch mal besuchen würdet, dann würdet ihr sehen, wie großartig das ist.

Deshalb mache ich mir folgende Sorge: Weniger wegen dem ersten Bauabschnitt, das ist auch einer, den wir geplant gehabt haben, das sind ja in Wirklichkeit freie Flächen, wo das ÖWG-Grundstück ist mit den Parkplätzen, wo eigentlich eh nur die rostigen Autos dort sind. Das ist vernünftig. Es ist weiter nördlich eine freie Fläche, die jetzt unbebaut ist, wo das Problem immer mit den Hochmasten war, wo wir keine Wohnbauförderung bekommen haben. Deswegen machen wir es ja selber. Jetzt, wenn wir auf diese Wohnbaufördermittel nicht angewiesen sind und es vier Holzbaracken gegeben hat, wo die eine verbrannt und die anderen drei tatsächlich nicht mehr sanierungsfähig sind.

Aber, und da mache ich mir jetzt die Sorge, was die Zukunft betrifft. Und deshalb ist es so wichtig, dem Zusatzantrag, den mein Kollege Manfred Eber einbringen wird, bitte doch zuzustimmen und ich sage das nicht, weil wir irgendein Kleingeld...

**Vorsitzwechsel (14.15 Uhr) - Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio
übernimmt den Vorsitz**

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte zum Ende kommen.

Stadträtin Kahr:

...da machen wollen, sondern, weil die Leute unten mit den unterschiedlichsten Informationen konfrontiert sind und sie eine geschlossene korrekte Information brauchen. Eine Informationsveranstaltung mit der Bewohnerschaft unten gehört so rasch wie möglich gemacht. Damit sie wissen, was dort geplant ist. Nur ein Beispiel. Heute steht im Standard drinnen, dass 500 Wohnungen unten gebaut werden.

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Elke, bitte, danke.

Stadträtin Kahr:

Und eines möchte ich trotzdem noch sagen. Und die mietrechtliche Sache. Weil wir haben prinzipiell unbefristete Hauptmietverträge. Und es werden jetzt Wohnungen zugewiesen mit befristeten Mietverträgen. Da muss man den Bewohnern garantieren, dass sie dauerhaft unsere Mieter bleiben. Weil alles, was nicht im Mietvertrag steht, gilt nicht. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Klubobmann Ehmman.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Mitglieder des Stadtsenats! Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Meine Damen und Herren auf der Galerie! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich das auch klarstellen wollte, was unser Zusatzantrag auf der einen Seite bewirken soll, auf der anderen Seite, dass wir selbstverständlich nicht gegen sozialen Wohnbau sind. Also wir unterstützen das natürlich mit aller Vehemenz, vor allem im Eigenbetrieb und nicht im Übertragungsbau, wo es eben darum geht, Spekulationsleerstand ist auch ein Thema. Also dem sollten wir uns auch widmen. Zusätzlich in Kombination mit Eigenbetrieb Neubau plus Übertragungsbau. Das heißt, wir sind selbstverständlich nicht dagegen.

Nur, wenn Sie sagen, oder als Koalition sagen, ja, diese Sachen sind alle gewährleistet, die wir hier formuliert haben im Zusatzantrag. Nämlich, dass das Expertinnen/Experten begleiten, also ich sag einmal analog der Vorgehensweise, wie es bei der Murgerade stattfindet. Dann würde ich sagen, dann hätten Sie es in das Stück genommen. Das verstehe ich dann nicht. Weil, dann kann ich das ja niederschreiben und sagen, ich bekenne mich dazu und wir werden auch diese Vorgangsweise wählen, die eigentlich beispielhaft von der Energie Steiermark beispielsweise in diesem Fall angewandt wird, in diesem sensiblen Bereich des Grünangers.

Die Gräuel selbst, also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich will da jetzt hier nicht vorgehen und Gräuel gegen Gräuel ausspielen und sagen: Im Stollen ist das, und ... ist es wichtig und dort ist es nicht wichtig.

Selbstverständlich ist das überall wichtig, mit aller Sensibilisierung vorzugehen. Ich bin auch beim Punkt, wenn man sagt, die ansässige Bevölkerung soll auch zukünftig eine Gewährleistung haben, dass es hier leistbares Wohnen für sie auch weiterhin gibt. Wir haben schon gehört, dass es ihnen nicht immer so leicht geht dort, gerade in diesem Bereich. Das wissen wir auch. Also, unter dem Punkt: Ich würde es so formulieren: Der Zusatzantrag, glaube ich, kann angenommen werden, wir werden auch die Abänderungs- und Zusatzanträge daher annehmen. Natürlich für sozialen Wohnbau. Aber einen Punkt dürfen wir in Graz auch nicht außer Acht lassen: Niemals vergessen! Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich darf Herrn Gemeinderat Rajakovics herausbitten.

Gemeinderat Rajakovics:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hoher Stadtsenat! Ich habe mich jetzt ein bisschen gewundert über manche Wortmeldungen, vor allem auch der Sozialdemokratie. Weil sie eigentlich eine Abrechnung mit 18 Jahren Stingl wären, wenn man es so darstellt, als ob die Stadt Graz seit Jahrzehnten irgendwie etwas verabsäumt hätte in der Aufarbeitung. Richtig ist, dass, und wir haben das durchaus bei der Bestattung letztes Mal bei der Maria Cäsar gehört, dass tatsächlich es bis zu Beginn der 80er-/Ende der 70er-Jahre gedauert hat, bis in Graz da vieles aufgekommen ist, aber seitdem auch sehr viel gemacht wurde und es an zahlreichen Orten auch Gedenkstätten gibt und auch Gedenkfeiern.

Ich erinnere auch an den Feliferhof, ich denke an das internationale Mahnmal am Zentralfriedhof. Ich denke an den Hain in der Belgierkaserne, wo, glaube ich, europaweit einzigartig jedes Jahr am 10. Dezember eine Gedenkveranstaltung von Militär und Politik gemeinsam stattfindet, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und des Krieges. Also, das ist ja etwas, was nicht so üblich ist. Noch dazu eingeladen auch mit Opfern und Hinterbliebenen bzw. deren späteren Angehörigen aus der Ukraine.

Also, die Stadt Graz macht sehr viel für die Gedenkkultur. Nicht zuletzt auch war das ganze Thema Menschenrechtsstadt genau aus diesem Grund und wir haben als erste Stadt ein Integrationsreferat gemacht. Wir haben ganz viele Projekte mit der Universität, z. B. das Europäische Trainingszentrum für Menschenrechte, eingerichtet. Wir sind Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Wir machen mit der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus seit Jahren in den Schulen permanent auch darauf aufmerksam, dass nicht vergessen werden soll. Deshalb würde ich bitten, gerade wenn es um diesen Bauplatz und um den Platz Lager-Liebenau geht, nicht zu tun, als ob wir das seit Neuestem wissen.

Ich weiß schon, dass hysterisch und historisch sehr ähnlich miteinander klingen. Aber es ist direkt nicht miteinander verknüpft. Es gibt eine gute Aufarbeitung. Darauf ist schon hingewiesen worden, auf das Lager-Liebenau, das ist sehr gut aufgearbeitet. Und es ist erstens eine Tafel in drei Sprachen geplant. Wir haben im Jahr 2013 hier ein Symposium gehabt, sage ich in Richtung der Grünen, bei dessen Abschluss die Lisa Rücker gemeint hat, wir werden jetzt nicht den ganzen Grünanger umgraben müssen. Das war die Dame als zuständige Kulturstadträtin.

Also, ich denk mir, ja, dort wo man etwas vornimmt, soll man auch entsprechend hinschauen, wenn etwas auftaucht, aber zu tun, als ob man nichts weiß, als ob man da etwas neu beginnen muss, als ob es keine Gedenkstätte gibt, als ob Graz irgendetwas verabsäumt hätte, bitte dagegen möchte ich mich wirklich verwehren und es gibt ganz vieles in dieser Stadt Graz, das daran erinnert, was vorgefallen ist. Aber es gibt noch viel mehr, und das ist viel wichtiger, das nach vorne gerichtet ist, damit junge Leute dieses nicht wiederholen, was unsere Großväter und Ur-Großväter zum Teil in Europa angerichtet haben.

Aber etwas, was mich ärgert, ist in Hinblick auf diese Gedenkkultur, wenn das von der kommunistischen Fraktion so eingefordert wird, deshalb, weil, wir reden von Gedenken von vor 70 Jahren und ihr geht her und schreibt in eurem Stadtblatt vor einem Monat Jugoslawien rein. Und dann auf Nachfrage von einem Journalisten wird es auch noch so dargestellt, als ob Jugoslawien das war so ein tolles Land.

Jugoslawien war das Land, wo nach 50 Jahren antifaschistischer Arbeit die Völker aufeinander losgegangen sind, wo die Volksarmee Vukovar überrannt hat. Im Spital die Männer umgebracht hat. Die verantwortlich ist für das größte Massaker in Europa seit dem 2. Weltkrieg in Srebrenica. Und das wird dargestellt von euch, das war so toll, das war das schöne Jugoslawien, das müssen wir heute noch hinschreiben, gibt es schon seit 15 Jahre nicht mehr, weil es so romantisch ist und weil es dort so schön war. Also, ich denk mir, wenn so umgegangen wird mit Gedenkkultur, dann möchte ich mich von euch nicht erinnern lassen an das, was wir 70 Jahre zurück vielleicht zu wenig in den 80er Jahren gemacht haben. Was aber ganz sicher in den letzten dreißig Jahren, und da möchte ich an die Kollegin Robosch sagen, das war auch der Verdienst des Alfred Stingl, nicht so tun, als ob nichts war vorher.

In den letzten dreißig Jahren sehr wohl hervorragend aufgearbeitet wurde und die Zahl...

Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.

Gemeinderat Rajakovics:

...Informationen gibt und deshalb, bitte die Kirche im Dorf lassen, wir werden...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Rajakovics:

...wir werden dort einen hervorragenden sozialen Wohnbau bekommen. Er wird begleitet werden archäologisch auch von Historikern. Es wird eine Gedenkstätte geben, zu der es auch eine entsprechende Ausschreibung gibt, denn der Platz dazu ist reserviert. Und es sind alle noch angehört worden, aber bitte nicht in dieses wirklich zum Teil von Herrn Dr. Possert zum wirklich hysterisch geführten Geplänkel einstimmen. Es wird dort in aller Seriosität alles gemacht. Und das ist das, wofür diese Menschenrechtsstadt Graz auch steht. (*Applaus*)

**E.2.35.3) Zusatzantrag von Gemeinderat Klubobmann Eber, KPÖ,
zu Stück Nr. 59, GZ.: WG 39853/2016/0011
Neubauprogramm 2017/18 – Eigenneubau Am Grünanger**

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Ich darf Herrn Gemeinderat Eber herausbitten. Er stellt einen Zusatzantrag.

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon einiges gesagt worden. Ich habe einen Zusatzantrag mit doch fünf Punkten. Ich möchte zunächst sagen: Die ersten drei Punkte beziehen sich im Wesentlichen auf das, was vorhin die Elke Kahr gesagt hat, da geht es nämlich um die Sicherheit der Mieter und Mieterinnen und auch um ihre zukünftige Sicherheit. In den Punkten 4. und 5. geht es dann um zeithistorische Tätigkeiten bzw. die Aufarbeitung der Vergangenheit und da möchte ich an dieser Stelle auch gleich sagen: Der Punkt 5 ist jetzt neu dazugekommen sozusagen, das war der dringliche Antrag von der Kollegin Christine Braunersreuther. Die Frau Dr. Zwanzger hat uns empfohlen, sage ich einmal, dies in dieser Art und Weise zu lösen, weil sonst wäre es nicht möglich gewesen, den dringlichen Antrag zu stellen. Ich darf also nun den Zusatzantrag verlesen und jetzt schon um Ihre Zustimmung bitten. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Umgehend ist eine Informationsveranstaltung vor Ort durchzuführen, bei welcher die Bewohner und Bewohnerinnen die Möglichkeit bekommen müssen, sich umfassend über den Stand der Planungen für die bevorstehenden Bauarbeiten zu informieren.
2. Der Siedlungscharakter des Grünanger-Areals ist in jedem Fall zu bewahren.
3. Mietern, die bereits am Grünanger wohnhaft sind bzw. die noch vor Baubeginn eine Wohnung am Grünanger beziehen, ist mietvertraglich zuzusichern, dass sie in jedem Fall dauerhaft Gemeindemieter bleiben und in diesem Wohngebiet wohnversorgt werden können, selbst wenn sie vorübergehend einen befristeten Mietvertrag bekommen.

4. Die Zeit bis zum Baubeginn ist intensiv zu nutzen, um die auf diesem historisch sensiblen Gelände erforderlichen archäologischen, zeithistorischen und kultur-anthropologischen Forschungen vorzunehmen.
5. Die Stadt Graz gibt ein deutliches Bekenntnis zur Aufarbeitung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit ab und prüft, ob und bis wann eine verstärkte Förderung der Grabungsarbeiten auf dem Gelände des Arbeits- und Übergangslagers Liebenau sowie die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte, die einer würdigen Erinnerungskultur gerecht wird, stattfinden kann.

Soweit der Antrag. Ich möchte vielleicht nur, weil das vielleicht, wenn man es jetzt nur gehört hat, ein bisschen kompliziert oder missverständlich war, noch einmal zum Punkt 3, also was die Mietverträge anbelangt. Nachdem ja bekannt ist, dass dort neue Häuser errichtet werden sollen, bekommen Mieter in diesem Gebiet nur mehr einen befristeten Mietvertrag. Das ist natürlich gerade bei Gemeindewohnungen, ich sage einmal, äußerst unüblich. Und deswegen ist es notwendig, dass man diesen Mietern mit befristeten Mietverträgen eben auch die Zusicherung gibt, dass erstens sie auf Dauer natürlich Gemeindemieter bleiben können, auch wenn ihre Holzhütte sozusagen abgerissen wird eines Tages und zweitens, dass sie tunlichst auch Am Grünanger bleiben können und nicht unbedingt in einem anderen Stadtteil dann eine Gemeindewohnung erhalten. Punktgenau. Dankeschön. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bittesehr.

Stadträtin Wirnsberger:

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute die Gelegenheit haben, über dieses Thema zu sprechen. Und ich bin gleichzeitig, muss ich ganz ehrlich sagen, schon betroffen darüber, in welchem Stil versucht wird, diese Diskussion, über die wir uns eigentlich alle freuen sollten, dass sie stattfinden kann, in welchem Stil da versucht wird, die herunterzureden, das zu bagatellisieren. Welche Angriffigkeit und Untergriffigkeit da jetzt gerade in den Wortmeldungen auch gekommen ist und das als Menschenrechtsstadt Graz. Weil darauf Bezug genommen worden ist.

Eigentlich man sich erwarten sollte, dass dieser Gemeinderat und alle Stadtsenatsmitglieder dankbar dafür sind, diese Gelegenheit jetzt zu haben, da wird es jetzt Bautätigkeiten geben, da werden diese Baracken abgerissen, und man kann diese Gelegenheit jetzt nutzen, Probebohrungen zu machen, um ein für alle Mal zu klären, was dort geschehen ist. Und das ist sogar die Empfehlung des Leiters des Bundesdenkmalamtes, der auch sagt, das ist eine gute Idee, dort jetzt bei dieser Gelegenheit Probebohrungen zu machen, sich diese Geschichte ganz genau anzusehen.

Und es erstaunt mich, dass da nicht alle Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates froh darüber sind und stolz darauf sind, dass wir als Menschenrechtsstadt Graz sagen, ja, wir machen nicht nur das Mindeste, nämlich diese Standard-Begleitung, sondern Nein, wir gehen darüber hinaus und möchten das umfassend ausarbeiten. Und ich möchte an der Stelle, weil ja auch einige anwesend gewesen sind und viele von euch wahrscheinlich davon gehört haben oder es nachgelesen haben, auch noch einmal referieren auf die Rede von Georg Friedrich Haas beim Festakt zum Steirischen Herbst. Der hat nämlich etwas sehr Bewegendes gesagt dort oder uns ein Vorbild gegeben, das wir als politisch Verantwortliche wahrnehmen sollten und das einfach als Anregung verstehen.

Er hat schonungslos mit der Vergangenheit seiner Familie aufgeräumt. Er hat klar benannt, dass sein Vater ein Nazi war; dass sein Großvater ein Nazi war. Er hat auch benannt, dass auch er relativ spät erkannt hat, dass viele Dinge, die er gedacht und gesagt hat aufgrund der Vergangenheit seiner Familie eben nicht richtig waren. Und diese Klarheit, diese Unverblümtheit und dieser Wille, umfassend sich mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen und die auch zu benennen, das, denke ich, kann uns ein Vorbild sein als politisch Verantwortliche in Graz, genauso mit der politischen Vergangenheit unserer Stadt umzugehen. Insbesondere, weil wir nächstes Jahr, 2018, ein Gedenkjahr haben und insofern ersuche ich euch um Zustimmung dafür, dass wir endlich frei werden können von dieser Last, die auf diesem Areal liegt. *(Applaus)*

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.35 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Vizebürgermeister, bitte.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! An und für sich wollte ich, nachdem vieles gesagt worden ist, mich nicht mehr zu Wort melden, aber nachdem so viel „Interessantes“ jetzt kundgetan wurde, erlaube ich mir doch, nachdem ich zuständig bin als Stadtsenatsreferent für das Wohnen Graz, mich zu Wort zu melden. Ich wiederhole: Es ist an alles gedacht worden. Sowohl bei der Planung, sowohl bei der Miteinbeziehung von Experten und ich betone Experten, weil es gibt viele selbst ernannte Experten, die glauben, sie können uns als Hobby-Historiker hier etwas erzählen, was man nicht eh schon weiß. Das lehnen wir ab.

Wir wollen es so machen, wie es sich gehört und das ist heute auch schon gesagt worden vom Klubobmann Sippel und auch vom Thomas Rajakovics: Mit diesen dunklen Kapiteln unserer Geschichte, wird glaube ich, in der Stadt Graz im Besonderen umgegangen, im Besonderen nämlich, dass man sich hier sehr wohl Gedanken macht, sehr wohl alle Möglichkeiten nützt, um hier nicht dem Vorwurf zu unterliegen, dass man eben diese Zeit und diese Vorfälle negiert. Und in diesem gesamten Projekt ist das mitberücksichtigt worden. Und besonders absurd wird es, Frau Kollegin Wirnsberger, wenn Sie heute noch in der Fragestunde sagen, dass durch die neuen Zuweisungsrichtlinien Frauen benachteiligt werden, genau das Gegenteil ist der Fall. Sie sollten vielleicht die Richtlinien sinnerfassend lesen, dann würden Sie sich leichter tun. *(Applaus)*

Genau das ist das Perverse. Dass Sie hier versuchen, etwas hinauszuzögern, wo es Menschen gibt, die genau diesen Wohnbedarf haben und diesen Wohnbedarf wollen wir abdecken und diesem Wohnbedarf wollen wir gerecht werden. Mit unserem Projekt, mit unseren Vorzeigeprojekten, die wir derzeit in Graz umzusetzen gedenken. Und wenn Sie das verhindern wollen, dann haben Sie diesen Menschen, die jetzt möglicherweise länger auf eine Wohnung warten müssen, das zu erklären. Da bin ich gespannt wie Sie das machen. Das noch zum Abschluss. Und wir werden es bauen, Sie werden sehen. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Liebe Kolleginnen auf der Regierungsbank! Hoher Gemeinderat! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf, und ich sage ganz bewusst, ich darf, seit 20 Jahren in der Landeshauptstadt Graz, in der Stadtregierung mitarbeiten und es macht mich zum Teil sehr traurig und zum Teil auch ärgerlich, dass eine Stadtregierung, ein Gemeinderat und eine ganze Stadt von manchen Persönlichkeiten ununterbrochen aufgefordert wird, etwas zu tun, was wir eh schon tun. Und es kann mir, glaube ich, niemand vorwerfen und auch nicht meinem Vorgänger, Alfred Stingl, dass wir in den letzten Jahrzehnten, wo wir die Hauptverantwortung in dieser Stadt getragen haben, das Thema Erinnerungskultur auch nur in einem einzigen Punkt nicht wirklich gelebt zu haben.

Ich kann mich an so viele Projekte, an so viele Bauten, an so viele Veranstaltungen, an so viele Mahnmale erinnern in der Zeit, in der ich da bin, dass mich diese Diskussion stört. Weil ich weiß ja nicht, wer da gegen wen jetzt so stark diskutiert. Ich denke und ich bin glücklich darüber, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei diesen Projekten dabei sind und auch alle politischen Verantwortlichen der Meinung sind, dass es hier diese Erinnerungskultur braucht. Und ich schätze durchaus die Beharrlichkeit des Herrn Dr. Possert. Und ich kenne auch noch viele andere, wie den Oberst Oswald und andere, die über Jahre gesagt haben: Ihr müsst da noch mehr tun. Und in allen Punkten ist es letzten Endes dann auch passiert.

Was mich schon auch wundert ist, nachdem ich jetzt das fünfzehnte Jahr Bürgermeister sein darf und seit 20 Jahren bei allen Veranstaltungen dabei war zum Thema Erinnerungskultur. Ob es der Wiederaufbau der Synagoge war; die Einrichtung in der Synagoge, auch in der umstrittenen Gedenkgeschichte, die wir begleiten, ob es der jüdische Friedhof war, ob es alles im militärischen Bereich war, was wir gemacht haben. Aber auch bei den jährlichen Feiern. Ich vermisse dann sehr oft die Menschen, die jetzt quasi mit der Stadt hart ins Gericht gehen wollen, die sind bei diesen Veranstaltungen nicht dabei.

Ich würde mich einmal sehr freuen, wenn am 01. November nicht immer die wenigen selben Personen hinkommen. Es fehlen diesmal ein paar Personen, unter anderem die Frau Maria Cäsar, wo ich heute schon Sie gebeten habe, sich zu erheben, weil ich über ihr Ableben berichtet habe. Ich kann mich gut erinnern, wenn ich jedes Jahr, wenn wir hinunter gehen mit Gänsehaut in die Hinrichtungsstätte der Nazis im Keller des Gerichtsgebäudes, wo die Schafott-Klinge noch liegt. Würde allen guttun, einmal dabei zu sein. Es sind fast immer dieselben. Maria Cäsar war dabei, die war 15 Monate dort inhaftiert und hat die Schreie jener Menschen vernommen, die hinuntergezerrt worden sind. Und sie hat mir einen klaren Auftrag erteilt und ich habe ihn nicht vergessen jetzt in der Stunde, als ich gehört habe, dass sie verstorben ist. Sie hat gesagt: *„Herr Bürgermeister, bei allen politischen Unterschiedlichkeiten habe ich nur eine Bitte. Wenn wir einmal sterben, müsst ihr dafür sorgen, dass es in dem Land nie wieder Krieg gibt. Weil ich habe das miterlebt. Und ich habe überlebt, weil ein anderer sein Leben gegeben hat und ich habe überlebt, weil ein anderer mich beschützt hat und das nicht gesagt hat, was er gewusst hat, weil sonst wäre es um mich auch geschehen gewesen.“*

Und diesen Geist hätte ich gerne in diesem Gemeinderatssaal und jetzt sage ich das schon dazu: Wenn von außen jemand kommt und sagt, wir tun zu wenig, dann kann ich nur sagen: Wir machen das alles. Ich habe kein schlechtes Gefühl und ich habe einen Brief bekommen, wo drinnen steht, aus der Familie Possert: Ich schäme mich für Sie, Herr Bürgermeister.

Ich würde euch bitten, dass ihr das nächste Mal bei allen Veranstaltungen kommt, es gibt die Gelegenheit, am 1. November gleich zweimal, auch öffentlich aufzutreten. Und zwar gemeinsam mit jenen Menschen, die auch in unseren südlichen Nachbarländern jedes Jahr kommen und den Kranz niederlegen. Habe ich mir schon oft gedacht, die haben nie darauf vergessen. Die kommen mit ihren Kränzen und sind da. Und jedes Mal ist ein Redner da aus unseren südlichen Nachbarstädten von Celje, Ljubljana, von Maribor usw.

Und dann würde ich mir dann schon vorstellen, dass die, die jetzt Kritik üben, aber auch am 1. November, am Feiertag, dort hinkommen und weiterhin ein öffentliches Bekenntnis ablegen. Und es tut mir in der Seele weh, dass wir auf einmal so seine Debatte haben, als würden wir Erinnerungskultur in irgendeiner Art und Weise nicht leben wollen, was vertuschen wollen. Es hat sich dort um ein Lager gehandelt, in dem wahrscheinlich Fürchterliches passiert ist. Wir haben es historisch aufgearbeitet. Ein paar Beweise fehlen noch und sie werden im Laufe der Jahre kommen.

Der Sozialdemokratie möchte ich das auch noch einmal sagen. 48 Jahre hat es einen sozialdemokratischen Bürgermeister seit 1945 gegeben. Und bis 2003 wart ihr die stärkste Fraktion. Jetzt zu sagen, jetzt müssen wir dringend etwas tun, denke ich mir, wir haben getan. Und zwar gemeinsam, Gott sei Dank, getan. Und was jetzt noch fehlt, wird gemacht. Wir haben es historisch aufgearbeitet. Wir haben es jetzt im Stück bewiesen. Im Stück steht das drinnen. Da ist sogar schon die Gedenkstätte vom Architekten angedacht und wir werden sie machen. Ich habe schon laut und deutlich versprochen, dass wir es machen werden. Ob es ein Wasser, ein Hain und ein Pavillon oder eine Gedenkstätte ist, weiß ich nicht. Der Herr Dr. Possert hat einmal auch die Idee gehabt, sein Kunstwerk als Erinnerungsskulptur dort aufzustellen. Wir haben es ihm, soweit ich das weiß, 2016 im Kulturbereich sogar schon angekauft. Ob wir das wirklich wollen, werden wir noch gemeinsam diskutieren. Aber ich lasse es eigentlich für die gesamte Stadt nicht zu, dass wir jetzt von manchen so dargestellt werden, als würden wir keine Erinnerungskultur leben und da irgendwas vertuschen wollen. Die Zeiten sind Gott sei Dank längst vorbei. Und ich wünsche mir nur, dass wir jetzt möglichst schnell dieses wunderbare Projekt, wo wir jetzt eh gerade diskutieren, dieses wunderbare Projekt auch abstimmen, dass wir es bauen. Und dass wir dann nicht auf diese Erinnerungsstätte... (*unverständlich*)

Es steht jetzt schon drinnen und ich kann nur sagen: Ich werde alles tun, damit es diese Erinnerungsgedenkstätte gibt und das werden wir gemeinsam machen. Mehr kann ich heute gar nicht dazu sagen. Es regt mich wirklich innerlich auf, weil ich niemanden finde, Gott sei Dank, im politischen Kreis und in der Verwaltung, niemanden finde, wo ich das Gefühl habe, er meint das nicht ehrlich und dass wir das nicht tun sollen. Und so sollten wir es auch nach außen kommunizieren, weil alles andere wäre eine Schande. Allein die Zeitungsartikel, die zum Teil unterwegs waren. Über die habe ich mich wirklich..., da bin ich wirklich traurig geworden. Weil ich erlebe es in unserer Stadt, Gott sei Dank, anders. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gibt es Wortmeldungen? Wenn nicht, dann kommen wir zu den Abänderungsanträgen. Es gibt einen Abänderungsantrag von der Frau Gemeinderätin Manuela Wutte. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Der ist nicht angenommen.

Der Abänderungsantrag von Gemeinderätin Wutte, MA (Grünen) wurde gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir kommen zum Antrag oder zum Stück selbst. Wer für das Stück ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatz kommt nachher. Wer für das Stück ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Noch oben lassen. Gegenprobe. SPÖ und Grüne und Neos wollen das nicht.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 59 wurde mehrheitlich (gegen Grüne, SPÖ, Neos) angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Zusatzantrag. Wer für den Zusatzantrag ist...

Der erste, der gestellt wurde war von der SPÖ. Da gibt es den Zusatzantrag von der Frau Gemeinderätin Anna Robosch. Wer für diesen Zusatzantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ist damit auch nicht angenommen.

Der Zusatzantrag von Gemeinderätin Robosch (SPÖ) zu Tagesordnungspunkt 59 wurde gegen SPÖ, KPÖ, Neos abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Dann kommt der Zusatzantrag von Klubobmann Manfred Eber. Wer für den Zusatzantrag...

Bitte.

Unverständlicher Zwischenruf von Stadträtin Kahr

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut. Ja, also, ein Gemeinderat müsste das beantragen. Dann müssten wir darüber abstimmen, ob wir das zulassen. Bitte. Gut. Der Gemeinderat Eber beantragt jetzt getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 5. Jetzt stimmen wir darüber ab, ob das der Gemeinderat so will. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die KPÖ, die SPÖ und die Grünen. Damit ist es abgelehnt.

Jetzt stimmen wir dann über den Gesamtantrag ab. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. KPÖ, SPÖ und Grüne. Gegenprobe.

Unverständliche Zwischenrufe und Gelächter.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Neos. Darf ich nur fragen, weil ich jetzt weder noch?

Unverständliche Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte?

Unverständliche Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Für den Zusatzantrag? Neos war dafür, dass wir das dann haben. Gut damit ist aber auch der Zusatzantrag abgelehnt.

Der Zusatzantrag von Gemeinderat Eber (KPÖ) zu Tagesordnungspunkt 59 wurde gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos abgelehnt.

E.2.36) Stück Nr. 64, GZ.: A8-20081/2006-188 und A8-21515/2006-227

Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH;

Sparte Management und Beteiligungen

- 1.) Änderung des Wirtschaftsplanes 2017 und Investitionsgenehmigung betr. Naherholungsgebiet Thalersee/Plabutsch-Attraktivierungskonzept**
- 2.) Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967**

Berichterstatter: Gemeinderat Egger

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut, gibt es noch ein Stück? Das Stück Nr. 64 ist noch offen. Da darf ich Gemeinderat Mag. Egger bitten zu berichten.

Gemeinderat Mag. (FH) Egger:

Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde trotzdem ein bisschen ausführen, obwohl einiges, wie das Abstimmungsergebnis, gestern schon in den Zeiten oder in der Zeitung gestanden ist. Aber es ist einfach notwendig, dieses Stück genauer zu betrachten, weil es um die Zukunft von Graz geht und die ÖVP und die FPÖ haben sich vorgenommen, der Michi Ehmann lacht, vielleicht kommt er wieder in die Gelegenheit, die FPÖ und die ÖVP haben sich vorgenommen, die Stadt weiterzuentwickeln. Wir wachsen, das Umland wächst. Und in gewissen Bereichen erreichen wir unsere Kapazitäten. Wir haben in Graz oder im Umland zwei Bergbahnen. Die eine ist der Schöckl, die zweite ist der Schloßberg. Wir sind überall an die Kapazitätsgrenzen gestoßen, die Holding hat in den letzten zehn Jahren über 30 Millionen Euro in den Schöckl investiert. Es hat sich ausgezahlt. Es hat sich insofern ausgezahlt, dass der Naherholungsraum angenommen wird. Jetzt haben wir eine weitere Chance, Naherholungsraum zu erschließen. Und zwar rund um den Plabutsch bzw. auch in Richtung Thalersee.

Und jetzt geht es einmal darum, nicht ein Projekt zu beschließen, das schon in der Zeitung gestanden ist, wie viel das kostet. Sondern jetzt geht es darum, einmal darüber zu reden bzw. sich anzuschauen, wie kann ein Projekt ausschauen, welche Initiativen sind zu setzen bzw. die Holding bzw. einen Finanzrahmen zu beschließen, der erweitert wird, damit eben diese Studien in Auftrag gegeben werden können.

Das heißt, ich ersuche den Gemeinderat um folgende Beschlussfassung, dass der Vertreter der Stadt Graz, in dem Fall StR Günter Riegler, die Ermächtigung bekommt, einem Umlaufbeschluss zuzustimmen; im Umlaufbeschluss Folgendes zu beschließen ist, nämlich: die Zustimmung zur Änderung des Wirtschaftsjahres 2017 sowie die Genehmigung und Investition für Planungskosten in diesem Bereich Plabutsch/Thalersee in der Höhe € 500.000 im Sinne der Ausführungen des Motivenberichtes.

*Der Berichterstatter stellt im Sinne der Ausführungen des Motivenberichts namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr. 130/1967, idF LGBl Nr. 45/2016, beschließen: Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, in beiden StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:*

- 1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbHG*
- 2. Zustimmung zur Änderung des Wirtschaftsplanes 2017 der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie Genehmigung der Investition für Planungskosten Plabutsch/Thalersee in Höhe von 0,5 Mio Euro im Sinne der Ausführungen des Motivenberichts.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke vielmals.

Gemeinderat Mag. (FH) Egger:

Bitte um Annahme.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Dankeschön. Ja, bitte noch um Annahme. Frau Gemeinderätin Ribo bitte und dann Herr Gemeinderat Klubobmann Haßler.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Die Stadt Graz steht vor großen Herausforderungen im Bereich öffentlicher Verkehr. Seit Jahren ist es ein Thema und seit Jahren bekommen wir von Ihnen, Herr Bürgermeister, zu hören: Kein Geld da...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Ribo, MA:

...für den notwendigen Ausbau. Bund und Land sollen mitfinanzieren. Ja, eh. Sie würden so gerne, aber Sie können nicht. Sie können ja auch nichts dafür als Bürgermeister. Ja. Und dann schaut man sich eben das Stück an, was sieht man da? Errichtung einer Seilbahn auf den Plabutsch. Neues Naherholungsgebiet? Ja. Gut mit den Öffis erreichbar? Auch ja. Steigert die Attraktivität der Stadt Graz? Auch. Warum nicht, fragt man sich?

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Genau. Dann muss man aber weiterlesen, dann sieht man, was kommt denn da? Ja, Überraschung! Planung: € 500.000; Umsetzung: 25 Millionen Euro. Da fragt man sich: Ist man da irgendwie im falschen Film? Auf der einen Seite gibt es kein Geld für öffentlichen Ausbau, der dringend notwendig ist.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Dringend. Und ich sage dringend deshalb, noch einmal dringend, weil es wirklich jetzt schon am Hut brennt. Und auf der anderen Seite hat man eben 25 Millionen Euro für ein Naherholungsgebiet, nichts gegen Naherholungsgebiete in einer Stadt wie Graz, Feinstaubhauptstadt. Wie geht das? Also, die Antwort ist schon ziemlich easy, oder ziemlich einfach. Es geht, wenn der Bürgermeister es will, dann geht es.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Ribo, MA:

Wenn der Bürgermeister mit einem Projekt warm genug ist, dann ist auf einmal die Finanzierung überhaupt kein Thema mehr. Also, davon leitet sich irgendwie für mich ab, also sind Sie mit dem öffentlichen Verkehr und dem Ausbau nicht warm genug geworden. Was braucht es noch? Müssen die Straßenbahnen noch voller werden? Müssen die...? Ich weiß es nicht. Ich habe keine Antwort darauf. Also, egal wie man es dreht und wendet, oder wendet und dreht, habe ich da drauf, es ist so, dass auf der Prioritätenliste der Stadt Graz der öffentliche Verkehr einfach auf die erste Stelle gehört.

Wenn man hier die Hausaufgaben gemacht hat, wenn man hier die Hausaufgaben gemacht hat und es sind viele und schwierige Hausaufgaben, dann ja, dann natürlich, dann kann man über weitere Projekte reden. Warum nicht? Aber bitte zuerst sich an die Hausaufgaben daranmachen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Kollege Haßler.

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich kann verstehen, dass sich der Bürgermeister bei dem Stück davor aufgeregt hat. Mir geht es bei diesem Stück ähnlich. Ich bin auch schon fast jetzt seit, ziemlich gleich lang wie du, seit '98 mit in der Politik in Graz. Zuerst im Bezirk und jetzt im Gemeinderat. Und ich habe in diesen fast 20 Jahren viele, viele Millionen erlebt, die irgendwo bei Planungen versickert sind, wo es nie zur Umsetzung gekommen ist und wo man dann im Nachhinein vielleicht zwei-, dreimal eine Planung gemacht hat. Paradebeispiel: der Weblinger Kreis. Ich glaube, den haben wir fast zehnmal geplant, bevor er jetzt zur Umsetzung gelangt ist. Und da sind viele Millionen versickert, die allein bei der Planung verloren gegangen sind.

Ich kann mich noch ganz genau erinnern, weil gerade die FPÖ da so vor mir sitzt, an das Jahr 2014, wie wir den Thalersee gekauft haben. Damals hat es im Gemeinderat eine große Aufregung gegeben. Da ist der Mario Eustacchio, der jetzt leider fehlt, ans Rednerpult gegangen, hat sich furchtbar aufgeregt, dass Planungsgelder abgezogen werden, die dringend benötigt werden, um den Thalersee zu kaufen und danach hat er dann den Stabilitätspakt verlassen. Und damals hat die Tageszeitung „Die Presse“ in ihrer Headline geschrieben: „FPÖ verlässt erzürnt den Stabilitätspakt, weil die FPÖ die Nase voll hat von den Luftschlössern des Bürgermeisters.“ Das war damals eure Headline. Heute baut ihr offensichtlich selber an den Luftschlössern mit. Wahrscheinlich verliert man, wenn man selber an den Schalthebeln der Macht sitzt, ein bisschen den Bezug zur Außenwelt und den Blick für die Realität und ihr denkt wahrscheinlich in eurer Flieder-Koalition: Warum mit kleinen Dingen kleckern, wenn man auch mit großen protzen kann? So ähnlich kommt mir das heute vor bei diesem Projekt.

Obwohl wir es bisher nicht einmal geschafft haben, die 2-3 Millionen aufzubringen, die wir beim Thalersee oben für die Adaptierung der Gebäude und des Platzes dort benötigen würde. Und es hat auch ein Projekt gegeben, kann ich mich erinnern, das wir einmal in einer Stadtregierungssitzung besprochen haben. Ich denke, die Uhr ist falsch eingestellt, weil soweit ich weiß, ist bei Tagesordnungsstücken fünf Minuten Redezeit und es war nur auf drei Minuten eingestellt. Möchte ich nur vermerken.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ich rede einfach weiter, weil ich könnte mich auch zweimal zu Wort melden, also ich versuche ja...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, ich versuche, meine Zeit halbwegs gut einzuhalten. Ich kann mich auch zweimal zu Wort melden, ist auch kein Problem.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

Ja, aber, wenn wir es nicht einmal schaffen, die kleinen Gelder aufzubringen, wie soll man dann 25 - 30 Millionen Volumen aufbringen? Und ich würde euch bitten, auf das zu wenden, was wir heute im Budget-Vollzug besprochen haben, im Finanzausschuss. Da haben wir auch gesehen, ist ja kein Geheimnis, dass wir rasant auf die 1.600 Millionen Euro Schulden zugehen, im Jahr 2021 zumindest. Und dann weiter steigend.

Und da sind viele, viele Projekte noch nicht einmal drinnen miteingepreist. Ich denke da an die ganzen ÖV-Projekte, die heute schon von den Grünen da besprochen wurden. An der ersten Stelle die Entlastung der Herrengasse. Ich denke an die vielen Schulprojekte, Kindergärten, die Betreuungseinrichtungen für die 0-3-Jährigen. Ich denke an die Wohnungen, die zu bauen sind. Ich denke an das Abfallzentrum für die Privatanlieferer in der Sturzgasse, das noch immer auf eine Realisierung wartet. Ich denke daran, dass wir darüber reden, im Norden von Graz ein Abfallzentrum zu errichten, und so weiter und so fort.

Ich denke an die Messehalle, wo der Messedirektor sagt, die wäre dringend notwendig. Kostet 40 - 50 Millionen Euro. Also hunderte Millionen Euro sind da in Rückstau und ihr habt nichts Besseres zu tun, als mehr oder weniger uns mit Projekten wie Murgondel, jetzt ist es die Plabutsch- und Thalersee-Gondel, dann ist es halt einmal ein Tiefgaragen-Projekt. Aus meiner Sicht habe ich aus den Diskussionen der letzten Wochen und Monate eurer Koalition meine Lehren gezogen. Ihr seid für mich ab jetzt nicht mehr die Flieder-Koalition, sondern nur mehr die Seifenblasen-Koalition, die bunte Bilder in die Luft bläst...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Mag. Haßler:

...aber die, die die brennenden Themen der Stadt vor sich herschiebt. Und ich darf noch einmal wirklich erinnern an die Stadtregierungssitzung vom 20.03.2015, wo wir vom Institut für Raumordnung der Karl-Franzens-Universität ein paar Dinge präsentiert bekommen haben, die zwar nicht das Große sind, das Klotzen sind, aber die durchaus leistbar waren. Da ist es um ein paar Hunderttausend Euro gegangen und mit 3 Millionen könnten wir auch dort relativ viel und Schönes machen. Da wären wir gerne dabei. Es hat viele Ideen gegeben, es hat einen Auftrag gegeben oder die Bereitschaft des Bürgermeisters, es zur Chef-Sache zu erklären.

Es hat damals geheißen, dass der Büroleiter des Bürgermeisters die Koordination für eine Projektgruppe übernimmt, vor zwei Jahren. Und Stadtrat Rüschi hat damals in dieser Stadtregierungssitzung gesagt, und das Glück ist ja, dass ich immer mitschreibe bei solchen Dingen, also habe ich dann Aktenvermerke. Er hat sich angeboten, auf Investorensuche zu gehen und Investoren zu bringen, um all diese Dinge dort auch entsprechend dann zumindest damals noch in kleinem Rahmen leistbar zu machen. Also noch einmal: Wir sehen auch, dass am Thalersee Handlungsbedarf ist. Das wird keiner leugnen. Was wir aber nicht wollen, dass wir jetzt die € 500.000 für irgendwelche Planungsgelder hinausblasen und dann für viele, viele Jahre nichts passiert. Und dann können wir vielleicht wieder planen. Wenn die Bereitschaft besteht, die € 500.000 konkret zu investieren in Projekte da oben, sind wir gerne dabei. Für gewisse Plan-spiele stehen wir nicht zur Verfügung. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Eber bitte.

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst einmal sagen vielleicht, wir sind natürlich nicht grundsätzlich gegen eine notwendige, sinnvolle Attraktivierung von Naherholungsgebieten und ich kann mich erinnern, auch unser Kollege, der Christian Sikora, hat ja vor 7/8 Jahren, glaube ich, ist das jetzt schon her, Anträge in die Richtung eingebracht, dass am Plabutsch da etwas passieren muss. Der Gedanke war damals natürlich auch nicht, dass man da jetzt gleich eine Seilbahn hinauf baut, sondern, dass man halt kleinere Maßnahmen...

Zwischenruf GR Rajakovics: Er wollte den Sessellift

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Ach so.

...kleinere Maßnahmen, um das Gebiet zu attraktivieren. Wie auch immer. Ich bin mir auch nicht sicher, wie es der Kollege Haßler jetzt gerade gesagt hat, ob das jetzt alles Luftschlösser sind. Aber das Problem ist einfach, diese 500.000, die mit diesem heutigen Stück für Planungskosten investiert werden sollen, die sind dann natürlich einmal weg. Und dann werden wir in ein paar Jahren allerspätestens eh sehen, ob bei diesen Planungen nichts herausgekommen ist, dann waren sie sozusagen umsonst. Oder, die Planungen werden umgesetzt, dann bedeutet das aber natürlich auch erhebliche Mehrkosten für die Stadt, die infolge der Errichtung von dieser Gondel/Seilbahn, wie auch immer, selbst dann natürlich, auch wenn private Investoren dafür gewonnen werden können, die da mitfinanzieren.

Das Problem ist, und das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen ja eh auch schon angesprochen, das Problem ist einfach, dass uns für zwingend notwendige Maßnahmen keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen oder gestellt werden. Das bedeutet, wir reden ja nicht erst heute, sondern in Wirklichkeit seit Jahren, davon, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des schienengebundenen, dringend notwendig ist. Dringend notwendig war es vor zehn Jahren, war es vor fünf Jahren, ist es heute leider immer noch. Eigentlich schon längst überfällig. Aber dafür zeichnet sich noch keine Lösung ab. Nur als Beispiel, um einen Größenvergleich auch zu haben: Für 25 Millionen Euro, die diese Gondel kostet, ginge sich aus: die Entlastungsstrecke über die Neutorgasse und Andreas-Hofer-Platz.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Da denke ich mir, gibt es einfach andere Prioritäten, die man dringender angehen müsste. Und wenn man auf der anderen Seite sehen, dass selbst für Kleinmaßnahmen, also im Geh- und Radwegbereich, einerseits die Mittel gekürzt worden sind im Budget bereits von 3,4 auf 1 Million Euro und wir jetzt vor der Tatsache stehen, dass die Verkehrsstadträtin sehr gerne heute auch Stücke eingebracht hätte, aber die Finanzierung einfach nicht da ist, wo es um Summen von rund 2,5 Millionen geht...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Eber:

...wo es ganz konkrete fertige Planungen gibt, wo wirklich nur mehr die Ausfinanzierung fehlt, vor allem für Lückenschlüsse im Radwegbereich und es scheitert sozusagen am Geld, dann ist das natürlich...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Es kommt im Oktober, hoffentlich. Wir werden sehen. Fakt ist: Auch um diese Kleinst- oder relativ kleinen Beträge, gemessen am Gesamtvolumen, müssen wir raufen und das steht oft nicht zur Verfügung. Der Kollege Haßler hat ja auch angesprochen, es gibt ja nicht nur im Verkehrsbereich Vorhaben und Planungen und dringend notwendige Investitionen. Und auch wir sind der Meinung, dass diese Investitionen, von denen wir schon so lange reden, notwendiger sind als jetzt dieser Planungsbeschluss für eine Gondel. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Also ich war richtig überrascht, als ich aus dem Ausschuss gehört habe, dass die KPÖ als Nein-Sager-Partei so viel Unterstützung jetzt von SPÖ und Grüne bekommt und so quasi auch ein Nein-Sager-Block entsteht in der Landeshauptstadt Graz. Zum Thema Luftschlösser möchte ich ein paar Dinge sagen. Ich darf ja, wie gesagt, 20 Jahre da sein. Ich habe viermal in Graz erfolgreich auch eine Bürgermeister- und Gemeinderatswahl schlagen dürfen, weil die Menschen mitbekommen haben, dass auch mit meiner Fraktion in dieser Stadt auch wirklich was weitergeht. Luftschlösser, wie z. B. den Ausbau einer MedUni. MedUni 2, wo die Herren Bundesminister aufgrund unserer Verhandlungen, Herr Landeshauptmann und ich in Wien, zufällig diese letzte Woche 271 Millionen für die Ausbaustufe 2 gegeben haben.

Luftschlösser wahrscheinlich wie die Verlängerung der Linie 7, für die wir beschimpft worden sind, weil wir damals vorausgedacht haben und sie heute schon fährt, mit der Gestaltung des Platzes. Luftschlösser, wie 89 neue Busse, Frau Bedrana Ribo, so viel Geld, wie die ÖVP-Finanzreferenten auch unter mir als Bürgermeister für den öffentlichen Verkehr eingesetzt haben, das müssen Sie erst einmal suchen gehen.

Es gab, wie wir übernommen haben, von der SPÖ in Graz einen sternförmig organisierten Verkehr; die ganzen Ringbus-Linien; die ganzen Nahverkehrsknoten; die ganzen Verlängerungen von Straßenbahnen. Und auch was wir jetzt planen, hat oberste Priorität.

Aber jetzt komme ich zu den Fragen, die offen geblieben sind bei der Frau Bedrana Ribo. Dass Grüne bei dem Projekt zweifeln und nicht mitgehen, ist für mich mehrfach unverständlich. Erstens einmal wissen wir, dass die Stadt Graz von der Bewohnerzahl wächst. Zweitens wissen wir, dass sowohl am Schloßberg als auch in Radegund am Schöckl an gewissen Tagen alles aus den Nähten platzt. Wir sind sehr erfolgreich unterwegs. Es sind auch die Defizite dort gesenkt worden, von fast einer halben Million Abgang in Radegund auf 200.000 im Bereich der Holding.

Wir haben dort noch dazuiinvestiert, dass noch mehr los ist. Und jetzt gibt es dort kein Luftschloss. Sondern, das ist eine uralte Idee und ich kenne fast überhaupt keine Fraktion, die da herinnen nicht einmal gesagt hat: Es wäre Zeit, dass wir wieder über den Lift nachdenken. Und jetzt haben wir über den Lift nachgedacht. Und zwar mit Thal gemeinsam, weil der Bürgermeister von Thal damals verzweifelt gekommen ist und gesagt hat, bevor das privatisiert ist, bitte kauft das Gebäude am Thalersee an. Und jetzt gibt es eine Überlegung bei der Holding, die davon ausgeht, weil die haben sich einmal beschäftigt mit dem Thema. Herausgekommen ist, ja wir könnten eigentlich nicht von Gösting, das wird die Göstinger vielleicht ein bisschen treffen, aber weit ist es ja nicht auseinander, wir könnten von Eggenberg aus über eine fast reine Waldtrasse hinauf auf den Plabutsch.

Ja, bitte, etwas Schöneres gibt es ja gar nicht. Jetzt steigen wir ins Auto, gerade als grüne Fraktion, jetzt steigen alle ins Auto und fahren raus zum Schöckl und verpesten die Luft. Dann kannst mit der Straßenbahn zum Lift fahren, hinauffahren oder mit dem Fahrrad und kannst dann endlich auch die Mountainbike-Strecken, die wir errichten müssen, nutzen.

Im Moment gibt es da oben ein Durcheinander. Die Grundstücksbesitzer sind unglücklich, die Jäger sind unglücklich. Das Wild, das dort lebt, wird jeden Tag aufgeschreckt. Das kann man alles ordnen. Ich habe auch mit dem [REDACTED] gestern ein Gespräch geführt, wie er denn das sieht. Weil die angedachte Planung führt auch über seine Waldgrundstücke. Er ist durchaus bereit, mit der Stadt Graz Abtausche zu machen. Der Traum, der da aufginge, dass man nach Thal hinunterkommt, ist ein Argument, wieso gerade Grüne mitgehen müssen.

Weil, wir haben schon oft diskutiert, was in der Steinbergstraße los ist und was dort für ein Verkehr ist. Wisst ihr, wie viele Thaler und Menschen aus dem Norden von Graz mir schon gesagt haben: Das wäre ja super, weil dann können wir von Thal aus mit der Gondel direkt zur Straßenbahn reinpendeln. Das wird nicht nur eine Naherholungsgeschichte, sondern für die Bevölkerung dort gibt es sogar die Pendlerchance.

Frau Bedrana Ribo, das ist...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

...das ist eine Extrem-Chance, die wir nutzen sollten.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte?

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nein, das weiß ich. Jetzt verstehe ich es wieder. Das ist quasi so wie wir brauchen alternative Energieformen, aber bitte kein Windrad. Und wir brauchen alternative Energie, aber bitte kein Murkraftwerk. Naja, weil das ist es. Und wir bräuchten eigentlich sowas schon, aber wir hätten wieder andere Priorität. (*Applaus*)

Nein, meine Lieben, so geht das nicht! Ich habe euch alle während der Sommermonate wirklich vermisst. (*allgemeines Gelächter*)

Und ich freue mich heute richtig, dass wir wieder diskutieren dürfen. Das ist doch ein Traum, dass wir von Graz aus unseren wirklichen Hausberg, der mit 760 m direkt vor der Tür liegt, nutzen können; dass wir mit Thal den Thalersee erschließen können. Ich hätte ja, das können wir eh noch prüfen, ich hätte ja sowieso die Idee, dass die Bergstation auch gastronomisch oder hotelmäßig was hergibt. Weil ich würde mir gerne vorstellen, wenn die Tagungen und Kongresse sind, dass wir vom Schloßberg-Restaurant in den Westen schauen ist schön. Ich würde aber gerne vom Westen einmal auf das Weltkulturerbe mit unseren Gästen schauen. Und, dass die Grazerinnen und Grazer das auch genießen können. Und deswegen jetzt einmal die direkte Planung, dass wir wissen, was es kostet. Dann reden wir wieder über die Finanzierung, aber dieses Njet von Beginn weg hat mich jetzt echt überrascht.

Ich habe mir gedacht, da wird es ja wohl keine Fraktion geben, die den Grazern sagen will, dort wollen wir nicht hinauf. Das wollen wir nicht nutzen. Das liegt auf der Hand, dass wir das jetzt endlich einmal tun sollen. Und die Prioritäten...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte?

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, und das habe ich Ihnen schon gesagt. Ich habe schon so viele Prioritäten-Diskussionen gehabt. Ich kann mich erinnern, wie die KPÖ damals gesagt hat...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

...die Messe...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

...die Messe darf nicht umgebaut werden. Das müssen die Privaten machen. Ich habe nicht gedacht, dass wir einmal hundert Millionen investieren. So viel haben wir in die Messe schon investiert. Aber wir hätten heute die ganzen Tagungen, Kongresse, Nüchtigungen, Wirtschaftsaufschwung, Kommunalsteuern, usw., gar nicht, hätten wir es nicht gemacht. Das ist eine wirtschaftliche Überlegung. Geht mit bei den 500.000, dann wird es auf den Tisch kommen. Ich glaube, wir haben es ganz fair gemacht. Das ist eine Idee, die lang diskutiert wird. Jetzt wird es wirklich überprüft. Es wird auch im Sinne des Stadtrechnungshofes sein, dass wir genau wissen, was wir tun. Es gibt eine Grobkostenschätzung, wo man sagt, das kann mit den Investitionen in Thal um die 25 Millionen sein. Genau weiß das keiner, das war jetzt einmal eine Grobkostenschätzung.

Und ich finde, das ist ganz, ganz wichtig in einer Stadt, die von Feinstaub geplagt ist. In einer Stadt, wo die Kinder so einen Naherholungsraum bekommen könnten, aber unsere Senioren, wo man hinaufgondeln und runterschweben können wie in Rade-
gund. Und meine Bitte ist, tut hier mit und geht doch da nicht in die Bestemmhal-
tung. Ja, Prioritätensetzungen müssen wir machen, aber das ist eine Prioritätenset-
zung. (*Applaus*)

Wir haben es zumindest vor umzusetzen.

Gut. Bitte. Ich habe ihn so direkt angeschaut.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ja, das ist eine Prioritätensetzung. Ich gebe Ihnen Recht, es ist eine Prioritätensetzung. Sie erzählen uns begeistert und es ist ja auch richtig, an schönen Tagen ist die Schöckl-Seilbahn toll, ist der Schöckl voll, es ist der Bedarf da. Nur, Herr Bürgermeister, es ist an jedem Werktag, an jedem einzelnen Werktag in der Frühspitze und in der Nachmittagsspitze sind x Busse voll auf der Südwestachse, auf der Nordwestachse, auf der Achse zwischen Hauptbahnhof und Universität. Und das sind die eigentlichen Themen, wo Menschen dann unter Umständen nicht mehr...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

...nicht mehr in den ÖV einsteigen wollen, oder weil es Fälle gibt, wo Kinder nicht mehr reinkommen, usw., dass man dann wieder auf das Eltern-Taxi umsteigt. Und diese Dinge mehr. Das sind die naheliegenden Dinge. Das ist die Pflicht und dann die Kür. Und niemand hat gesagt, dass die Erschließung des Thalersees, die Erschließung des Plabutsch eine schlechte Sache ist. Man kann auch den Bus nach Thal als erste Option einmal soweit verdichten, vielleicht auch zusammenbinden an Wochenenden, mit dem 40er zum Beispiel, um da die Menschen schneller und komfortabler an den Thalersee zu transportieren. Nur einmal so eine schnelle Überlegung in diese Richtung. Es gäbe viele Möglichkeiten.

Es ist ja nicht so, dass man das komplett vom Tisch wischen mag, und so weiter und so fort. Es ist nur die Frage, dass wir seit Jahr und Tag, das hat der Kollege Haßler, der Herr Kollege Eber und noch wer, und die Kollegin Ribo gesagt, seit Jahr und Tag haben wir immer wieder neue Prioritäten, auch mit den Stimmen, vor allem mit den Stimmen der ÖVP im Bereich des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs. Dazwischen wird gegondelt. Irgendwann wurde eine Mini-U-Bahn geführt. Die Südwestlinie war in mehreren Varianten da. Heute geht sie angeblich nicht mehr.

Und so geht es die ganze Zeit weiter. Aber steigen Sie bitte einmal in der Früh z. B. in einen 40er ein, und fahren Sie mal von Gösting runter. Steigen Sie in der Früh in einen 31er ein und so weiter und so fort. Es ist für die Menschen nicht mehr angenehm. Es ist für die Menschen nicht mehr angenehm, wir schaffen beinahe keine Kapazitätssteigerungen mehr. Es braucht diese Straßenbahnlinien, es braucht diese Straßenbahnlinien mehr, mehr und auf das kommt es uns an, das ist die Pflicht. Und dann kommt die Kür, es braucht diese Straßenbahnausbauten mehr, als es diese Seilbahn braucht, diese Gondel braucht. Und es ist überhaupt nicht das Thema, dass man darüber nicht nachdenken darf, dass man dahin nicht planen soll.

Nur dann hätte ich wirklich gerne auch das Bekenntnis. Und heute ist eben diese ÖV-Geschichte aufgrund finanzieller Unklarheiten nicht auf die Tagesordnung gekommen, dann hätte ich das zumindest auch gerne heute hier gehabt. Dann hätte ich mich hier mit der Sache auseinandersetzen wollen. Und niemand hat gesagt, dass in Graz nichts weitergeht, es geht sehr viel weiter. Aber es ist die Frage, ob immer das Richtige zuerst gemacht wird.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Oft das Richtige, sowohl als auch.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Genau. Oft das Richtige, manchmal aber auch nicht unbedingt das, was ganz vorne ist. Es kommt ja auch später beim dringlichen Antrag, glaube ich, noch ein Thema, wo wir uns einmal darüber unterhalten müssen, warum wir da Ordnungen bzw. Richtlinien beschließen und dann wird ein Gegenteil wiederum vorgestellt und unterstützt. Also in dem Sinne, wir sind nicht gegen ein Naherholungsgebiet. Wir können es anders erschließen, wir können es billiger erschließen, und wir können es auch so in der Art, wie Sie sich das vorstellen, erschließen, wenn wir ein paar andere Dinge erledigt haben, die, glaube ich, seit 20 Jahren stehen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Klubobmann, ich mache heute öffentlich mit Ihnen etwas aus. Erstens, die Planungen für die Straßenbahnen laufen auf Hochtouren und zwar für die erste Straßenbahnplanung Richtung SmartCity, zweitens für Reininghaus und wir werden voraussichtlich noch jetzt im Herbst, noch vor der Winterpause, die straßenbahnrechtlichen Verhandlungen einbringen. Es laufen parallel Verhandlungen mit Land und Bund. Ich möchte die nicht aus der Ziehung lassen, ja. Ich möchte diese beiden Gebietskörperschaften nicht aus der Ziehung lassen, damit wir diese beiden Straßenbahnlinien plus die Ausweichstrecke.

Die Ausweichstrecke und Entlastungsstrecke Herrengasse ist jetzt auch in Planung. Und wir werden, bevor diese Planung, die wir heute jetzt mehrheitlich leider nur beschließen, die anderen drei Projekte auch finanztechnisch abzusegnen haben und absegnen. Und ich mache mit Ihnen heute aus, dass wir das auch in dieser Reihenfolge tun und ich mache mit Ihnen aber auch aus, dass wir, ich weiß nicht, wie gesund wir zwei bleiben, dass weiß niemand genau, aber wenn diese drei Straßenbahnlinien errichtet sind, und wir hinaufgondeln, dass Sie dann mitfahren und dass Sie dann vielleicht auch hier einmal öffentliche kundtun, dass es doch schade war, dass wir bei den Planungen nicht dabei waren und es gar nie dazu gekommen wäre, nach den Grünen. Das wäre dann eine schöne Wortmeldung, ja, aber...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das kann ich machen. Noch einmal: Ich sage auch dazu, was wir alleine im Busverkehr eingesetzt haben und, und, und, ist großartig. Aber ich bleibe dabei, auch das ist eine Priorität. Es gibt einen Gesundheitsstadtrat, ja, der im Herbst jetzt damit kämpfen wird, und von allen Seiten wieder hören wird, dass unsere Kinder bis zum Schöckl fahren müssen mit den Eltern, um dort hinaufzugehen, um eine bessere Luft zu haben. Am Plabutsch und nach Thal hinaus wird uns das auch besser gelingen als mitten im Stadtgebiet. Und die Leute werden mit dem Radl dorthin fahren können. Das wird eine wunderbare Geschichte, das ist Sport. Naherholung, ihr wisst es ja, das hat auch Priorität. Ihr tut immer nur, das wollen wir. Weil wir definieren uns quasi nur über den Verkehr. Die ÖVP definiert sich in der vollen Breite und das hat auch Priorität und ich freue mich, dass es auch in dieser Koalition jetzt auch eine Priorität bekommen hat. Jetzt lasst es uns planen, dann werden alle Fakten vorliegen und dann werden wir das schon schaukeln, die Gondel. (*Applaus*)

Herr Gemeinderat bitte.

Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:

Geschätzter Herr Bürgermeister! Was ist die Herausforderung von einem Visionär, von einem Vordenker, von einem Macher? Das sind die Blockierer, die eigentlich keine Ideen haben, sondern dann, wenn einer mit Ideen kommt, die immer gleich niederknüppeln und Probleme sehen, aber nicht die Lösungen. Und wenn ich jetzt hierher gehe, wir haben da die Südwestlinie, wir haben auch viel gesprochen, weil wir wissen, wie essentiell das für die Stadtentwicklung ist.

Über den Griesplatz ist schwer möglich. Wir haben eine Ausweichstrecke geplant über den Joanneum-Ring. Und was ist jetzt passiert? Wir haben vor einem guten Jahr da herinnen beschlossen eine Million Euro für den Ausbau von Bushaltestellen usw., und auch bei Fußgängerüberquerungen. Und jetzt wissen wir, dass über den Joanneum-Ring die Straßenbahn fahren soll, und die Frau Kahr, was hat sie gemacht? Sie hat einmal ein Hindernis in die Mitte hineingestellt, das wird wieder weggerissen, wenn die Straßenbahn dann kommt, also haben wir einmal wieder Geld vergraben. In weiterer Folge am Kai unten, da wird es auf einmal einspurig, ist nie beschlossen worden von uns, das heißt, wenn die Straßenbahn fährt über den Joanneum-Ring, dann kann man mit dem Auto...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:

...hätte man über den Kai ausweichen können, dass man vielleicht eine alleinige Straßenbahntrasse bekommt...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:

Jetzt ist es auf einmal nur mehr einspurig. Es ist ein Wahnsinn. Und ich würde mir wünschen, dass wir der Diskussion über einen Grünanger, wie sie hier heraußen gestanden ist und aufgegangen ist, dass sie so ein Engagement hineinversetzt auch in ihre verkehrspolitischen Bemühungen. Weil, dann würde etwas weitergehen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jetzt stimmen wir über das Stück ab. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Chance nicht genutzt. Gut. Ist mehrheitlich beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 64 wurde mehrheitlich (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) angenommen.

Im Übrigen möchte ich der KPÖ jetzt auch noch gerne etwas sagen, weil mich das wirklich jetzt stört, ja. Auf der Facebook-Seite der KPÖ wurde live berichtet aus dem Gemeinderat. Und die KPÖ hat wirklich da hineingeschrieben, mit einem traurigen Smiley, dass sie es arg finden, dass der Herr Stadtrat Hohensinner und der Herr Bürgermeister die Verbauung der Flächen unten beim Alt-Grottenhof heute quasi bejaht haben. Ich habe heute...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Noch einmal. Die Verbauung habt ihr jetzt gerade im Internet den Menschen aus diesem Gemeinderat falsch berichtet. Das ist Populismus pur. Wir können uns nur vorstellen, dass wir eine Sondernutzung Sport zulassen. Und ihr wart beim Fläwi-Plan nicht dabei, diese Flächen abzusichern, das haben andere machen müssen. Aber, dass ihr jetzt auf Facebook mit dem Kurt Hohensinner eine Diskussion beginnt, weil ihr wirklich dort eine Lüge hineinstellt, ja, das ist reiner Populismus, dass ich das jetzt gerade erfahren habe.

Ich möchte euch nur sagen, das ist eine schlimme Art von Politik.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Die Menschen falsch zu informieren. Dort eine Volksbefragung anzuzetteln und zu wissen, dass es dort eigentlich um ein tolles Biozentrum geht; dass es um eine kleine Teilfläche geht, die das Land zur Finanzierung braucht und wir als Stadt-ÖVP, als Bürgermeister und als Kurt Hohensinner, nur eines gesagt haben: Wenn für LUV, wenn für Sport, wenn für die Jugend, wenn für Freizeit, aber nichts verbauen. Deswegen nehmt das bitte schnell heraus, weil das ist aus dem Gemeinderat heraus ein Irreführen der Menschen von Graz, das ist reiner Populismus und eigentlich eine schleißige Politik. (*Applaus*)

Bitte, Herr Krotzer, Herr Stadtrat.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ich folge ja angeregt der Sitzung, insofern schaue ich nicht, was auf Facebook steht. Wenn das so ist, dass das dort falsch berichtet ist, werden wir das natürlich korrigieren.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Mag. Krotzer:

Was die Volksbefragung in Alt-Grottenhof oder im zuständigen Bezirk Wetzelsdorf betrifft: Das hat natürlich von unserer Seite mitangeregt. Aber mit den Menschen vor Ort und unterschrieben ist es geworden von 10 % der Bürgerinnen und Bürger von Wetzelsdorf. Es sind innerhalb weniger Wochen über 1.300 Unterschriften gesammelt worden und das wird als Volksbefragung eingebracht.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Mit welcher Fragestellung, darf ich das gleich fragen?

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja, die Fragestellung ist, dass das Bio-Ackerland so erhalten bleiben soll.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Gut, aber da schreibt man nicht hinein, keine Möglichkeit zu sagen, soll es als Ackerland bleiben oder soll es der Jugend und dem Sport und dem Freizeitbereich dienen? Ihr seid ja hineingegangen mit der Geschichte, das wird verbaut, soll es lieber Acker und Grünland bleiben.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ja.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Aber die Frage, die wir da zu stellen haben, wird eine andere sein, liebe Bevölkerung in Wetzelsdorf und in Straßgang. Weil, das sind die beiden, die diese Flächen nutzen, wird ein Teilbereich davon für die Kinder und für die Jugendlichen, die das dringend brauchen werden, gebraucht werden. Ich sage es euch gleich voraus. Das ist die Diskussion, die wir dort zu führen haben. Weil ihr betreibt dort Irreführung. Echte Irreführung der Menschen. Und das ist nicht in Ordnung, das gehört aufgezeigt und ihr habt es heute live aus dem Gemeinderat sogar gemacht. (*Applaus*)

Ich freue mich auf die Diskussion im Bezirk. Ich werde dabei sein. Wir werden das gerne diskutieren. Ich werde den Menschen dort sagen, wie ihr agiert. Das müssen die Leute wissen. Ja, die ganzen Ackerflächen werden verbaut. Millionäre und ich weiß nicht, was da...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

In dem Stadtblatt. Das war eine großartige Berichterstattung. Sozialer Wohnbau hat der Herr Landesrat einmal intern andiskutiert, weil es immer heißt von euch: Wir müssen für den sozialen Wohnbau was tun, das wäre eine Geschichte gewesen, haben wir gleich gesagt: Haben wir abgelehnt. Zweite Geschichte: Das Rote Kreuz sucht eine Zentralstelle. Hat er gefragt, ob das noch möglich ist. Und die dritte Geschichte, was ich ihm gesagt habe, ich kann mir das nur vorstellen, weil wir ja diese Flächen gesichert haben, dass es für den Sport, für den LUV und für die Kinder dort sein soll. Und das wäre für mich die Traumlösung, die Wunschlösung. Und das müssen wir dann im Bezirk diskutieren und das werden wir dann auch abstimmen mit den Menschen vor Ort. (*Applaus*)

Bitte, Herr Krotzer.

Stadtrat Mag. Krotzer:

Ich beziehe mich auf die Fragestellung. Also die Fragestellung wird sein, dass das Bio-Ackerland hier erhalten bleibt und wir freuen uns ebenso auf die Diskussion. Und es werden nachher auch die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung dort tragen.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das ist ja möglich. Wir werden dort einfach Fragestellungen diskutieren und die Menschen auch ordentlich informieren. Ich glaube, es werden alle Fraktionen gerne vor Ort sein, um aufzuklären, was da populistisch gemacht wurde von eurer Seite. (*Applaus*)

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich glaube, dass das anders aussieht. Wenn ich jetzt am Markt und auf der Straße angesprochen werde, also das soll alles verbaut werden und Millionäre sollen das Grundstück bekommen. Das ist ein bisschen eine andere Fragestellung. Soll ja wohl so bleiben, die arme Schule muss gerettet werden. Zur Rettung der Schule; zum Ausbau in ein Biozentrum; damit die Leute dort frische Lebensmittel aus der ganzen Steiermark kriegen; dass die Jugend ausgebildet wird, das werden wir dort diskutieren. Und da werden die Leute die Idee vom Hans Seitinger und von uns, glaube ich, ganz gut finden. (Applaus)

Ja?

Stadtrat Mag. Krotzer:

...Facebook-Nachricht, also diesen Teil; diesen Satz werden wir weggeben.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Das ist schön.